02/2016

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

FACILITY MANAGEMENT

Es dreht sich alles um die Menschen

Seite 28

INTEGRATION

Österreicher gehen auf Fremde zu

Seite 46

Brotlose Kunst

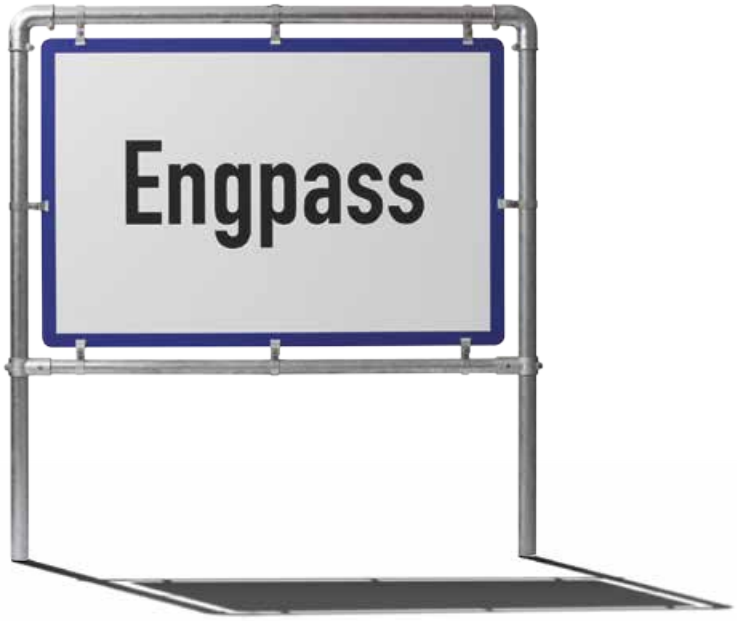
Krisen, Sparpakete, Aufgabenexplosion: Dennoch bescheinigen sowohl die Zahlen als auch namhafte Analysen den Gemeinden hervorragende Arbeit, nicht zuletzt im Bereich der Finanzpolitik. Im Rahmen der FAG-Verhandlungen bleibt diese Kompetenz jedoch unberücksichtigt.

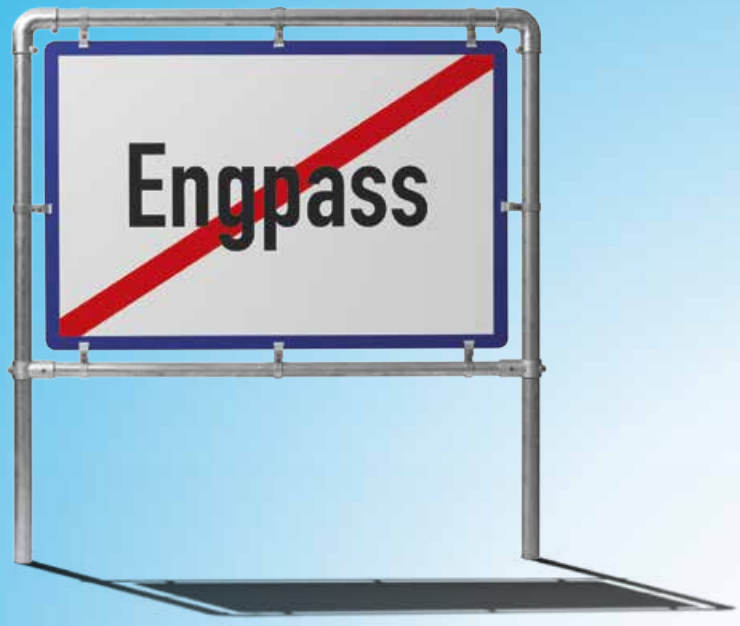
Seite 10

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032902 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

Viele Gemeinden haben ähnliche Probleme.





Wir helfen, sie zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.
publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of UniCredit

LEITARTIKEL

GEMEINDEN **ALS VORBILD**

„DIE GEMEINDEN HABEN ES VERDIENT, NICHT BELÄCHELT, SONDERN **ALS VORBILD ANERKANNT UND GESCHÄTZT** ZU WERDEN."

Immer wieder kommt es vor, dass die österreichische Gemeindestruktur von selbsternannten Experten und selbstgefälligen Besserwissern öffentlich kritisiert und belächelt wird. Diese Kleinheit, diese Bürgernähe, diese Art des Zusammenlebens sei von gestern und zu kostenaufwändig. Alles müsse man künftig zentral (zentralistisch will man nicht sagen) steuern, vergleichen und regeln können. So als ob die Bedürfnisse des Bürgers von Ramingstein (eine kleine Gemeinde im Lungau) mit den Anforderungen eines Simmeringers gleichzustellen wären. Und trotzdem zeigen die Gemeinden in einzigartiger Weise, wie es geht: Sie haben auch im abgelaufenen Jahr mit den wenigen Mitteln, die sie aus dem Steuerkuchen (11,8 Prozent) bekommen, und mit ihrem eigenerwirtschafteten Geld all das erreicht, wovon Bund und Länder nur träumen: Einen Maastricht-Überschuss, Schuldenabbau und Rekordinvestitionen. Und die Gemeinden haben ihre Haushalte ins Internet gestellt, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger auf einfache Weise Einblick in die Wirtschaftlichkeit der Gemeinde erhält. Transparenz und Offenheit sind für die Gemeinden keine leeren Worthülsen, sondern Werte, auf die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aufbaut.

Damit die Aufgaben und Leistungen der Gemeinden noch besser bekannt werden, haben die Gemeinden nicht große Werbe- und Inseratenkampagnen (die können und wollen wir uns gar nicht leisten) gestartet, sondern wollen mit einem lustigen und interessanten Büchlein, das der Gemeindebund gestaltet hat, die Volksschulkinder informieren. Politische Bildung im Kleinformat, aber sehr effizient. Auch in der schwierigsten Herausforderung, nämlich der Flüchtlingsfrage, wollen die Gemeinden mit sogenannten Netzwerktreffen konkrete Lösungen erarbeiten. Allein aus diesen wenigen Beispielen geht klar hervor, dass die Gemeinden es verdient haben, nicht belächelt, sondern als Vorbild anerkannt und geschätzt zu werden.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen Monaten gab es in Österreich praktisch nur ein Thema: Die Flüchtlingswelle. Wie viele dürfen kommen, wer soll bei uns zuständig sein und wo – und wie – sollen die Menschen untergebracht werden sollen. Und es ging um die Frage, wie wir zukünftig mit Massen von Schutzsuchenden umgehen wollen.

Dabei ist ein anderes Thema, das mindestens genauso wichtig ist, mehr oder weniger untergegangen. Der Gemeindefinanzbericht hat zum wiederholten Mal aufgezeigt, dass sich die Gemeinden auch als das finanzielle Rückgrat des Staates erwiesen haben. Sie sind die einzige Gebietskörperschaft, die mit einer strengen Haushaltsdisziplin einen Überschuss erwirtschaften konnten. Und dabei konnten sie ihren Schuldenstand auch noch senken. Neben den zusätzlichen Aufgaben, die man ihnen laufend aufbürdet, schaffen sie es auch noch, alle Bereiche der Daseinsvorsorge vorbildlich zu erledigen.

Bund und Länder – und manchmal auch die Menschen – nehmen diese Leistung oft schon für selbstverständlich. Aber irgendwann bricht auch die stärkste Kette. Und an das sollten die Finanzausgleichpartner der Gemeinden denken, wenn sie heuer in die heiße Phase der Finanzausgleichsverhandlungen eintreten.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/10

FAG berücksichtigt Anforderungen nicht

Gemeinden erbringen alle Leistungen der Daseinsvorsorge, aber der Finanzausgleich berücksichtigt das nicht

/16

Wieselburger Asyltreffen

Auf der Suche nach Lösungen

INHALT

/28

Es dreht sich alles um die Menschen

Was „Facility Mangement“ mit „Human Ressources“ zu tun hat

/44

„Fürst am Land“

Bürgemeisterin und Krimiautorin Michaela Höfelsauer

FOTOS/ Luiza Puiu, CHOATphotographer - shutterstock.com, bikeriderlondon, shuttersotock.com; Höfelsauser// Coverbild: Ollyy shutterstock.com

KOMMUNAL 02/2016

POLITIK & RECHT

Mehr Zentralismus als Ausweg? 14
Die bloße Forderung nach Strukturreformen ist zu oberflächlich

Einblicke in die Finanzen jeder Gemeinde 15
Eine neue Plattform bietet mehr Transparenz für Gemeindefinanzen

Gemeindetag und Kommunalmesse 2016 18
Am 6. und 7. Oktober geht der größte kommunalpolitische Event Österreichs in Klagenfurt über die Bühne

Leichterer Zugang zu Normen 20
Es gibt jede Menge Kritik am Normengesetz 2016

Wohin Bürgerengagement führt 22
Neue Serie über die familienfreundlichen Gemeinden Österreichs

Konvent: Europa für alle Altergruppen 24
Europa hat ein neues Netzwerk für Gemeinden

GESTALTEN & ARBEITEN

Leitfaden: Bestbieter vor Billigstbieter 32
Eine Musterausschreibung für Bestbieterverfahren in der Abfallwirtschaft

Gebäudequalität umfassend gedacht 38
Nachhaltiger Klimaschutz fordert auch Gebäudeverwaltungen

Infografik: Gemeindestraßen in Österreich 40
Gemeinden sind für 88.700 km Gemeindestraßen zuständig

LAND & LEUTE

Unsere Leute gehen auf die Fremden zu 46
Raggal zeigt, dass Flüchtlinge auch in Kleingemeinden akzeptiert werden

Gemeindebund veröffentlich Kinderbuch 47
„Meine Gemeinde, mein zu Hause“ heißt das Kinderbuch im Pixi-Format

Neues Jahr, neuer Name 48
Neujahrsempfänge in Niederösterreich

Österreich im Rodelfieber 50
Sicherheitstipps des KFV

Offenlegung 58

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft 26
Deloitte Services Wirtschaftsprüfung GmbH 33
Maschinenring Österreich 34
Pipelife Austria GmbH & Co KG 36
Verein Betonmarketing Österreich 39
VERO Versicherungsmakler GmbH 38

LEITARTIKEL

PLANLOSIGKEIT IST DER **ANFANG VOM ENDE**

Der Asylgipfel hat gezeigt, dass unsere Regierung noch immer nicht „mit einer Stimme“ spricht. Und sie hat definitiv keinen Plan, wie sich die „Obergrenze“ auswirken wird.

Vorweg: Diktatoren vom Schlage eines Saddam Hussein oder auch eines Hafez al Assad (der Vater des jetzigen syrischen Präsidenten Baschar al Assad) müssen meiner Meinung nach bekämpft werden. Der eine hat Giftgasbomben auf seine Bevölkerung geworfen und einen der mörderischsten Kriege der Neuzeit vom Zaun gebrochen. Der Andere hat zum Machterhalt eine seiner eigenen Städte mit Artillerie in Schutt und Asche gelegt. Beide zusammen haben vermutlich mehr als eine Million Menschenleben auf dem Gewissen. Als die westliche Welt – geführt von den USA – am Sturz dieser Regimes gearbeitet hat, haben sie recht getan.

Was die Amerikaner damals nicht hatten (und vermutlich auch heute noch nicht haben), war ein Plan für die Zeit danach. Der Stein, den sie da zuerst im Irak ins Rollen gebracht haben, der droht uns jetzt zu überrollen. Die destabilisierende Wirkung des Bürgerkriegs im Irak in Kombination mit dem arabischen Frühling wurde in seiner Auswirkung auf Syrien völlig unterschätzt. Das Zerbrechen dieser beiden Schlüsselländer das Nahen Ostens ist die erste Folge dieses rollenden Steins. Jetzt ist er zu einer Lawine angewachsen, die nach Europa rollt – in Form von Flüchtlingen.

Und auch unsere Regierung hat offenbar keinen Plan für die Zeit danach. Gut: Jetzt haben wir eine Obergrenze von vorerst 37.500 Flüchtlingen, die 2016 nach Österreich dürfen. Aber schon kurz nach Bekanntgabe des Ergebnisses des Asylgipfels teilen sich wieder die Meinungen. Der Kanzler spricht von Richtlinie, der Vizekanzler von Obergrenze, der Verteidigungsminister sagt, dass wir den 37.501. Flüchtling nicht zurückschicken werden, die Innenministerin meint, dass wir das sehr wohl tun. Nach „mit einer Stimme sprechen“ oder gar nach Plan klingt das nicht.

Klar auf der Hand liegt meiner Meinung nach, dass das Schließen der Grenzen – begonnen haben übrigens die Schweden und die Dänen – zu einer humanitären Notlage sondergleichen führen wird. Nicht an unseren Grenzen, aber an den Grenzen der EU, sprich vor allem in Griechenland und Italien und jenen Ländern, die die „Last der Außengrenze“ tragen. Die Menschen werden weiter zu Tausenden aus den Kriegsgebieten fliehen (und zwar aus Todesangst, nicht aus wirtschaftlichen Notlagen) und sie werden sich an den Grenzen zu riesigen Mengen zusammenballen. In Zelten, Winter oder Sommer, Jung und Alt, Männer, Frauen, Kinder.

Ich stimme mit dem Integrationsexperten Kenan Güngür überein, wenn er im „Runden Tisch“ des ORF am 20. Jänner meint, dass die möglichen Auswirkungen das Zeug hätten, den ganzen Balkan zu destabilisieren. Und ich hoffe sehr, dass sich unsere Regierung wohl überlegt hat, wie wir damit umgehen, sollte eine solche Situation tatsächlich eintreten.

Aber am meisten hoffe ich, dass ich mich mit meinen Befürchtungen irre.

LINK ZUM THEMA

Der „Runde Tisch“ vom 20. Jänner in der ORF-TVthek http://goo.gl/8bCaAP

MAG. HANS BRAUN ist Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

COMM UNITY

IDEEN, DIE WIRKEN

Die Comm-Unity mit Zentrale in Lannach sowie weiteren Standorten in Kärnten, Oberösterreich und im Burgenland ist führender Hersteller von modernen E-Government-Lösungen. Nicht nur das Lokale Melderegister LMR und GeOrg, der Städte und Gemeinde-Organisator, wurden in Lannach entwickelt. Innovative Lösungen wie zaehlerstand.at, Publicware-HR, wahlkartenantrag.at oder das Fremdenverkehrsabrechnungs-Modul FVA für die Gästeabrechnung sind weitere zukunftsweisende Produkte.

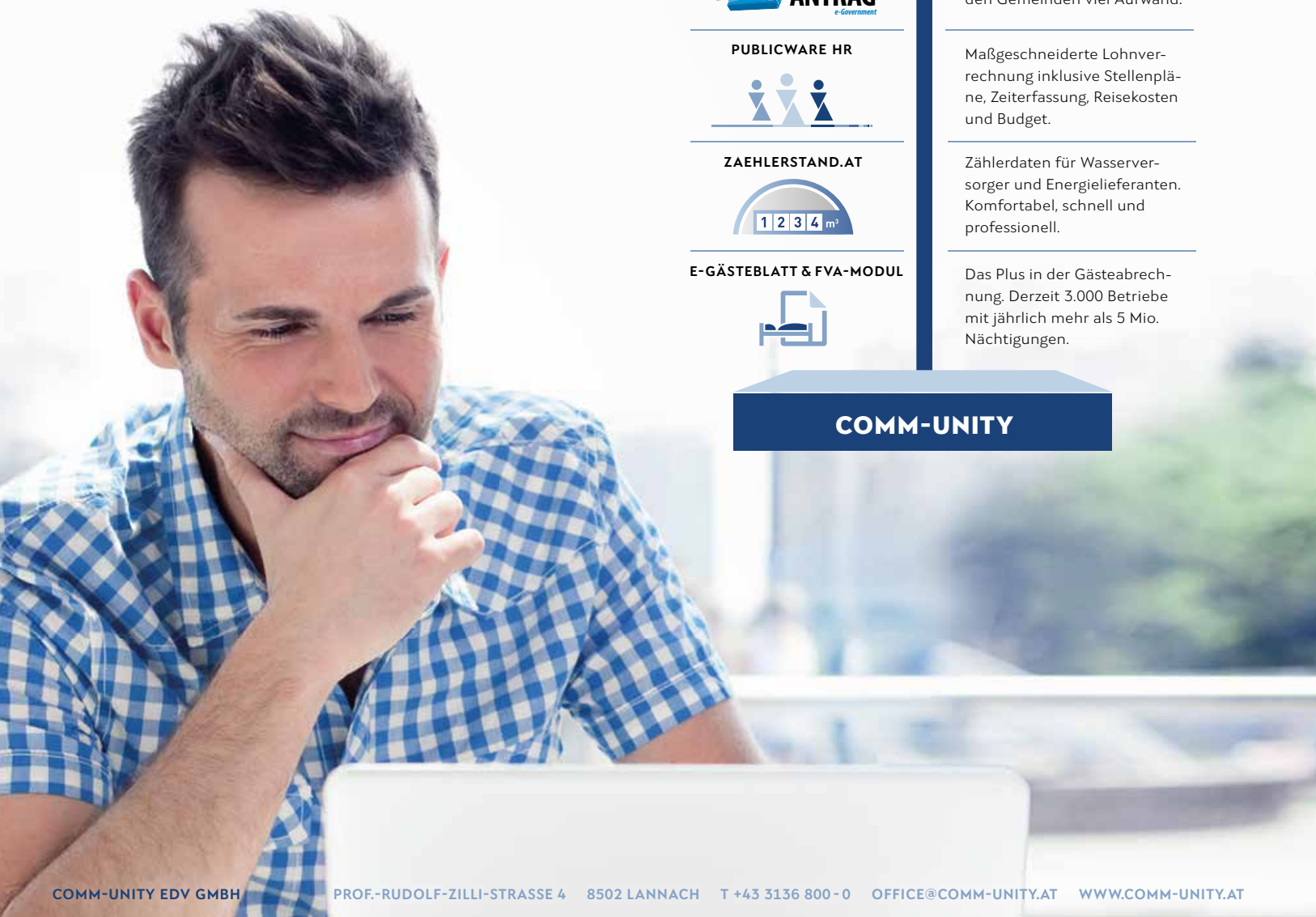
VRV 2015 – NICHT NUR VORBEREITET, SONDERN BEREITS INTEGRIERT

GEMEINDE-IT – QUALITÄTS- UND SICHERHEITSSTEIGERUNG

SAP TECHNOLOGIE – MARKTFÜHRER IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

GEORG	GeOrg managt die kommunale Verwaltungsarbeit bereits in mehr als 70 Gemeinden.
lmr lokales melderegister	Das zentrale Verwaltungsregister für die Melde- und Wahlagenden für 1.890 Gemeinden.
WAHLKARTENANTRAG.AT Wahlkarten ANTRAG e-Government	Sorgt als Bürgerservice bei Wahlen für Furore und erspart den Gemeinden viel Aufwand.
PUBLICWARE HR	Maßgeschneiderte Lohnverrechnung inklusive Stellenpläne, Zeiterfassung, Reisekosten und Budget.
ZAEHLERSTAND.AT 1 2 3 4 m³	Zählerdaten für Wasserversorger und Energielieferanten. Komfortabel, schnell und professionell.
E-GÄSTEBLATT & FVA-MODUL	Das Plus in der Gästeabrechnung. Derzeit 3.000 Betriebe mit jährlich mehr als 5 Mio. Nächtigungen.

COMM-UNITY



COMM-UNITY EDV GMBH PROF.-RUDOLF-ZILLI-STRASSE 4 8502 LANNACH T +43 3136 800 - 0 OFFICE@COMM-UNITY.AT WWW.COMM-UNITY.AT

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

THEMA „ASYL“
NACH BEKANNTGABE DER OBERGRENZE VON 37.500 MENSCHEN FÜR 2016 (ALLE ZIB 2, 20. 1. 2016, 22.00 UHR)

„Die große Anzahl an Flüchtlingen überfordert unser System.“

Vizekanzler Mitterlehner nach dem Asylgipfel

„Wenn man einen Maßnahmenkatalog beschließt, ist die Frage, was ist, wenn das alles nicht reicht ... noch nicht Teil des Maßnahmenpakets.“

Bundeskanzler Werner Faymann auf die Frage, was ist, wenn der Richtwert überschritten wird

„---“

Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, wendet sich wortlos ab, als ein Journalist fragt, ob denn die Durchsetzung der Obergrenze realistisch sei

„Ich bin der Auffassung, dass man Kriegsflüchtlingen das Asylrecht nicht verweigern kann.“

Michael Häupl, Landeshauptmann von Wien und Präsident des Österreichischen Städtebundes

„Wir haben uns heute auf eine Planungsgröße, einen Richtwert, verständigt.“

Hans-Peter Doskozil, Verteidigungsminister, im ORF-Interview mit Armin Wolf

„Wenn wir das Maßnahmenpaket (zur Obergrenze, Anm. d. Red.) nicht umsetzen, werden wir spätestens im Mai tausende Menschen haben, die obdachlos sind.“

Johanna Mikl-Leitner, Innenministerin, auf die Frage, was mit dem 37.501. Asylantragssteller passieren kann.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

US-Dorf in Angst: **„Solaranlagen saugen das Licht weg“**

Das US-Dorf Woodland verhinderte den Bau von Solaranlagen, weil die Bürger verheerende Folgen befürchten: Die Solaranlagen würden das gesamte Sonnenlicht aufsaugen, lautet ihre Theorie. Und nicht nur das.

Woodland ist ein verschlafenes Örtchen mitten in den Weiten North Carolinas. 833 Seelen bevölkern das Dorf. Zwischen den weißen Farmer-Häuschen schlängelt sich der Highway 258 (siehe Bild). Am Wegesrand dieser zweispurigen Hauptschlagader von Woodland sollte nun die Moderne Einzug halten – in Form von Solaranlagen. Das Unternehmen Strata Solar Company hatte den Antrag gestellt, eine Solarfarm am Highway errichten zu dürfen. Nachdem in der Gemeinde Protest gegen die Baupläne laut geworden war, erteilte der Stadtrat von Woodland dem Projekt mit 3:1 Stimmen jedoch eine Absage, berichtet der deutsche „Stern“.
Ein Wortführer der Bürgerschaft namens Bobby Mann äußerte die Befürchtung, dass die Solarzellen die gesamte Sonnenenergie aufsaugen würden. Seine Frau Jane berichtete, sie habe Gegenden gesehen, wo rund um Solaranlagen alle Pflanzen gestorben wären – weil sie nicht mehr genug Sonnenlicht bekommen hätten. Die ehemalige Lehrerin, die Naturwissenschaften unterrichtet hatte, vertrat die These, dass die Pflanzen einfach keine Fotosynthese mehr betreiben könnten.

stern.de

MEXIKO: BUNDESSTAAT REAGIERT AUF MORD AN BÜRGERMEISTERIN

Nach der Ermordung einer gerade ins Amt gewählten Bürgermeisterin in Mexiko hat der Bundesstaat Morelos in mehreren Städten die Polizeikontrolle übernommen. Gouverneur Graco Ramirez ordnete den entsprechenden Schritt für insgesamt 15 Städte an. Ab sofort hat laut einem Bericht auf ORF Online unter anderem in der Hauptstadt Cuernavaca und in Temixco der Bundesstaat die Kontrolle über die lokale Polizei. Im zentralmexikanischen Temixco war am 2. Jänner Bürgermeisterin Gisela Mota ermordet worden. Sie war zum Zeitpunkt der Tat nicht einmal 24 Stunden im Amt. Die Mittelinks-Politikerin Mota hatte angekündigt, als Bürgermeisterin gegen die Drogenmafia anzukämpfen.

http://orf.at

EISENBAHNKREUZUNGSVERORDNUNG

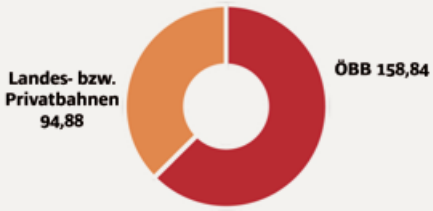
Regelung im Finanzausgleichsgesetz erforderlich

Spätestens 12 Jahre ab Inkrafttreten (1. 9. 2012) der Eisenbahnkreuzungsverordnung (EisbKrV 2012) müssen ausnahmslos alle Eisenbahnkreuzungen behördlich überprüft, 5 Jahre danach allen Sicherheitsbestimmungen und Standards entsprechen. Bei jenen Kreuzungen, die nur von Fußgängern und/oder Fahrrädern frequentiert werden, war bis zum 1. 9. 2015 Zeit zur Umsetzung. Am 2. April 2014 verlautete der Verfassungsgerichtshof, dass in Zusammenhang mit der EisbKrV 2012 gegen den Konsultationsmechanismus (KM) verstoßen wurde. Damit ist den Gemeinden gemäß den Regelungen des KM ein Ersatz der durch die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens zusätzlich verursachten Kosten (Errichtungs- und Betriebskosten) gegenüber der alten EisbKrV (EKVO 1961) zu leisten. Diese Ersatzpflicht trifft jene Gebietskörperschaft, deren Organe die Verordnung erlassen haben. Im vorliegenden Fall ist das der Bund. Im Streitfall (der Bund hat bis dato noch keine der von den Gemeinden bereits beim BMVIT eingereichten Rechnungen bezahlt) entscheidet über diese Ersatzpflicht der VfGH in einem eigenen Verfahren, das u. a. durch eine Gemeinde eingeleitet werden kann.

Gemäß der nachstehenden Kostenschätzung, der 50:50-Regelung (Eisenbahnunternehmen zu Gemeinde), die das Eisenbahngesetz vorsieht, falls keine anderweitige Kostenteilung vereinbart wurde, und dem VfGH-Erkenntnis hat der Bund den Gemeinden mit „frischem Geld“ (nicht durch Umschichtung bereits bestehender Finanzzuweisungen an die Gemeinden) rund 127 Mio. EUR an Errichtungskosten sowie jährlich gut 10 Mio. EUR an Betriebskosten zu ersetzen. In Art. 4 des KM ist vorgesehen, dass die abzugeltenden zusätzlichen finanziellen Ausgaben (durch die EisbKrV 2012 gegenüber der EVKO 1961) bei den Verhandlungen über die nächste Finanzausgleichsperiode als bestehende Verpflichtungen einvernehmlich einzubinden sind. Dementsprechend ist im Finanzausgleichsgesetz (FAG) eine Regelung über eine neue Finanzzuweisung des Bundes in Höhe von 126,9 Mio. EUR zzgl. 10,15 Mio. EUR an jährlichen Betriebskosten für die durch die EisbKrV 2012 teils existenziell bedrohten Gemeinden zu schaffen. Aber auch für die Zeit nach dem derzeit verhandelten FAG 2017 ist für die weiteren Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten Vorsorge zu treffen.

KOSTENFOLGE EISENBAHNKREUZUNGSVERORDNUNG

ERRICHTUNGSKOSTEN (IN MIO. EURO)
SCHÄTZUNG DES BUNDES (BMVIT)



10,15

Millionen Euro kostet der jährliche Betrieb für ÖBB bzw. Landes- und Privatbahnen (Nutzungsdauer 25 Jahre, Schätzung des Gemeindebundes.

GEMEINSAM FÜR UNSERE KINDER

- Erstellt von Experten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV)
- Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- Altersgerecht aufbereitete Inhalte zum Thema Verkehrssicherheit
- Für die VS-Schulstufen 1 - 4
- Mit Bürgermeister-Foto ohne Mehrkosten
- Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10% MwSt.

Es gelten die AGB der Österreichischen Kommunal-Verlag GmbH, siehe www.kommunalbedarf.at

Setzen Sie ein Zeichen als Bürgermeister gegenüber den Familien Ihrer Gemeinde!

Bestellungen und Information an verkehrserziehung@kommunal.at oder telefonisch unter 01/532 23 88-27.

Herausgegeben von KOMMUNAL,
dem offiziellen Organ des Österreichischen Gemeindebundes.

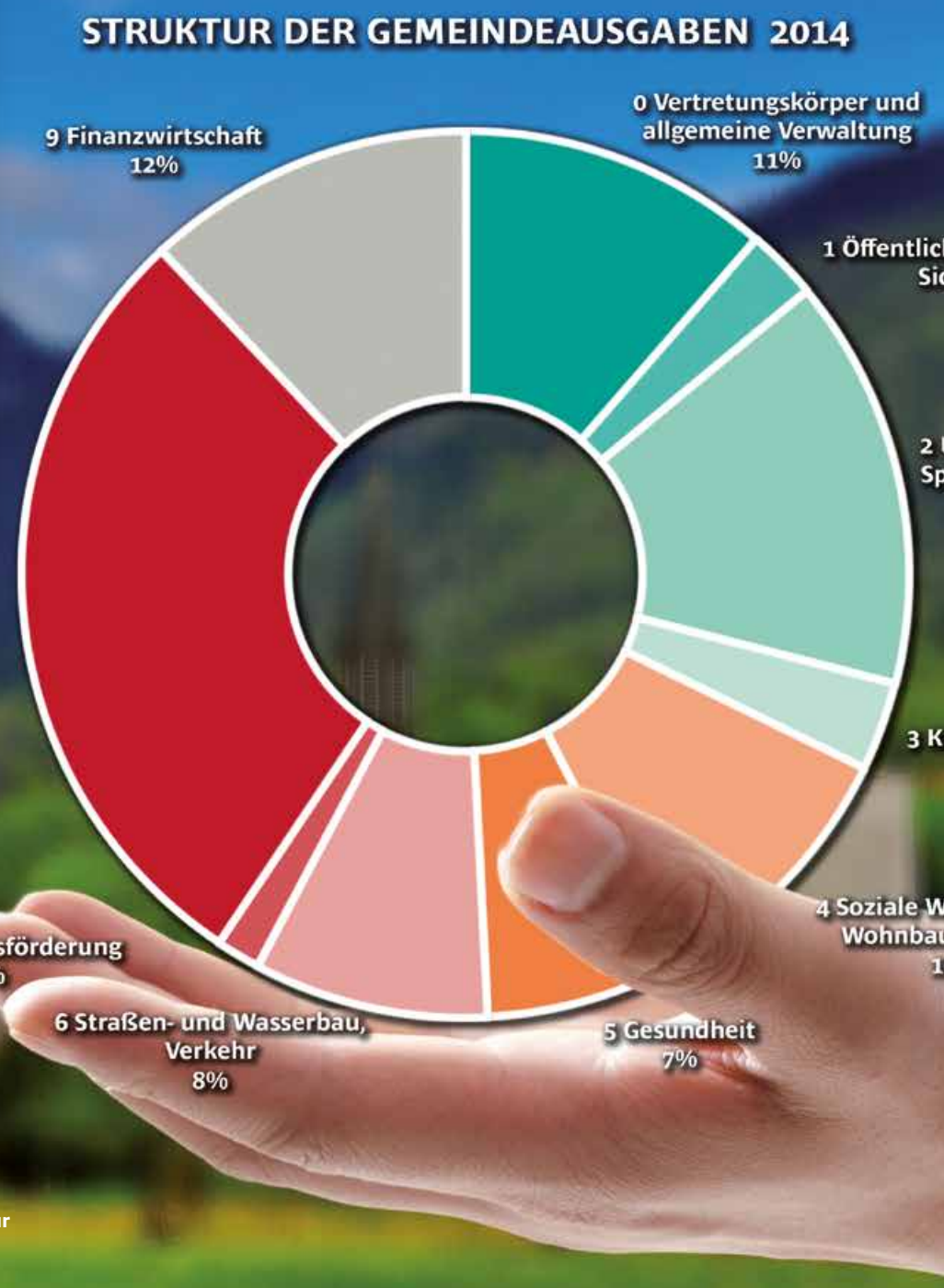
ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

POLITIK & RECHT

KOMMENTAR
Mehr Zentralismus als Ausweg?
Seite 14

ASYL-VERNETZUNG
Auf der Suche nach Lösungen
Seite 16

NORMENGESETZ '16
Leichterer Zugang zu Normen gefordert
Seite 20



Da die Gemeinden nur einen geringen Anteil von 11,883 Prozent an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben erhalten, ist die vollständige Bedeckung der kommunalen Basisausgaben nur durch zusätzliche Einnahmequellen, ständiges Hinterfragen der erbrachten Leistungen und strenge Haushaltsdisziplin möglich

GEMEINDEN WIRTSCHAFTEN ERFOLGREICH, ABER:

FAG LÄSST ANFORDERUNGEN **UNBERÜCKSICHTIGT**

Die Gemeinden erbringen all jene Leistungen, die im Laufe eines Lebens benötigt werden, von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege.

TEXT/Christian Mayr / Yvonne Ohnewas

Der kürzlich erschienene Gemeindefinanzbericht 2015 zeigt zum wiederholten Mal, dass die Gemeinden trotz der prekären Finanzsituation erfolgreich wirtschaften. Durch eine strenge Haushaltsdisziplin erzielten die österreichischen Kommunen mit 1.609,5 Millionen Euro den höchsten Überschuss der laufenden Gebarung seit dem Jahr 2000[1], obwohl sie laufend zusätzliche Aufgaben erfüllen müssen. Während die Schulden auf Bundesebene weiter wachsen, konnten die Gemeinden 2014 ihren Schuldenstand um insgesamt 0,7 Prozent senken und mit einem Maastricht-Überschuss von 185 Millionen Euro bzw. 0,06 Prozent des österreichischen BIPs einen Beitrag zum gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad leisten. Gemessen an der Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand (Maastricht-Ergebnis gem. ESVG2010) tragen die österreichischen Gemeinden ohne Wien rund 2,6 Prozent[2], während Wien allein bereits einen Anteil von 2,1 Prozent an der Gesamtverschuldung trägt. Der hohe Schuldenstand der öffentlichen Hand ist mit 87,6 Prozent zum Großteil durch den Bund verursacht.

1 Das heißt seit der Einführung der Rechnungsquerschnitt-Schnittstelle im Jahr 2000; Inflation ist nicht berücksichtigt.

2 Alle folgenden Angaben zu Gemeindefinanzen ohne Wien.

Die Effizienz der Gemeinden kann man auch an der schlanken Verwaltung erkennen – lediglich elf Prozent der Ausgaben fließen in Gemeindepolitik und -verwaltung. 77 Prozent der Gemeindebudgets (gemessen an den Ausgaben) werden für Leistungen verwendet, die direkt für Bürger/innen erbracht werden.

Die ausgabenintensivsten Aufgabenbereiche sind die kommunalen Dienstleistungen wie Abwasserbeseitigung, Müllentsorgung und Wasserversorgung, sowie der Bildungsbereich und die soziale Wohlfahrt (inkl. Wohnbauförderung). In Summe fließen rund 3.111,6 Millionen Euro in den Bildungsbereich, alleine 1.133,9 Millionen Euro in die vorschulische Erziehung, und 2.124,6 Millionen in die soziale Wohlfahrt (inkl. Wohnbauförderung). Zur Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur und Dienstleistungen werden rund 7.711,5 Millionen Euro aufgewendet, davon 1.773,7 Millionen für den Straßenbau.

Die hohen Ausgaben in diesem Bereich sind unter anderem auf Investitionsausgaben zurückzuführen. Vor allem die kleinen Gemeinden investieren in die Bereiche kommunale Dienstleistungen und in den Straßenbau, um so die Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Ohne Neuverschuldung stiegen die kommunalen Investitionen von 2013 auf 2014 um

17,8 Prozent auf 2.148,6 Millionen Euro. Laut Gemeindefinanzbericht ist dieser Anstieg zu 92 Prozent auf höhere Investitionen von kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohner zurückzuführen. Diese Investitionen spielen eine wichtige Rolle als regionaler Wirtschaftsmotor. Insgesamt investierten die Gemeinden dieser Größenklasse 1.845,2 Millionen Euro und tragen somit 78,8 Prozent der kommunalen Gesamtinvestitionen.

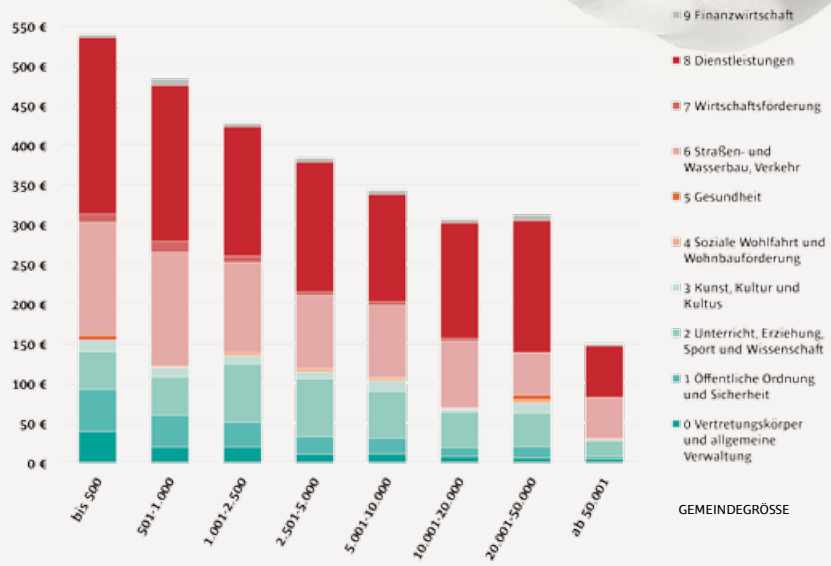
Einige wesentliche Änderungen in diesem Bereich bringt die am 1. März 2016 in Kraft tretende Novellierung des Bundesvergabegesetzes 2006. Die Neuregelungen in den Bereichen Bestbieterprinzip, Subvergabe und „Kleinlose“ im Oberschwellenbereich sollen laut Gesetzgeber Lohn- und Sozialdumping hintanzuhalten und die Chancen von (regionalen) Klein- und Mittelbetrieben auf Zuschlagserteilung erhöhen. Unabhängig von diesen Zielsetzungen führt die Novelle aber jedenfalls zu einem Mehraufwand (Zuverlässigkeitsprüfung für alle Subunternehmer; Definition und Bewertung qualitativer Zuschlagkriterien) auf Seiten der Gemeinden als öffentliche Auftraggeber.

Trotz der hohen Investitionen zum Ausbau bzw. zur Sicherstellung der kommunalen Dienstleistungen wurden die Gebühren minimal – um 2,2 Prozent – erhöht. 96 Prozent der Gebühreneinnahmen sind für Abwasserbeseitigung (54,4 Prozent bzw. eine Milliarde Euro), Müllentsorgung (24,0 Prozent bzw. 445,0 Millionen Euro) und Wasserversorgung (17,1 Prozent bzw. 316,7 Millionen Euro) eingehoben worden.

Obwohl vor allem die kleinen Gemeinden die höchsten Investitionen in kommunale Dienstleistungen tätigen, sind ihre Gebühreneinnahmen (je Einwohner) am geringsten. Dies zeigt abermals die große Haushaltsdisziplin der (kleinen) Gemeinden. Die Gemeinden und Städte ab 50.001 Einwohner lagern Aufgaben der kommunalen Dienstleistungen nicht selten aus, was sich auch im Diagramm „Entwicklung der Einnahmen aus Gebühren“ widerspiegelt.

Die gute Leistung der Gemeinden ist vor allem deshalb hervorzuheben, weil sie mit steigenden Herausforderungen konfrontiert sind. Zum einen sind die Aufgaben der Gemeinden stark von demografischen Entwicklungen abhängig. Die Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich erhöhen sich aufgrund der längeren Lebenserwartung und der damit einhergehenden „Überalterung“ der Bevölkerung. Diese Entwicklungen

INVESTITIONSAUSGABEN DER GEMEINDEN
2014, EURO PRO EINWOHNER



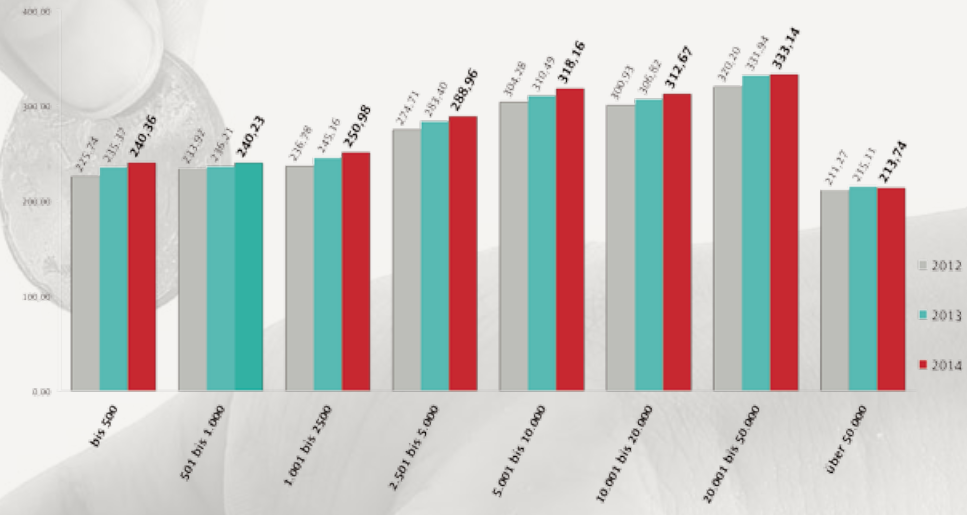
ENTWICKLUNG DER LAUFENDEN TRANSFERZAHLUNGEN
SEIT 2009 IN % (2009 = 100 %)

„Trotz hoher Investitionen in Ausbau und Sicherstellung kommunaler Dienstleistungen wurden **die Gebühren nur minimal – um 2,2 Prozent – erhöht**.“

müssen durch direkte Gemeindeleistungen, wie zum Beispiel durch kommunale Einrichtungen der Altenpflege, aufgefangen werden. Zum anderen werden die laufenden intragovernmentalen Transfers, insbesondere zu den Ländern, angehoben. Die – gemessen am Volumen – wesentlichen Transferbelastungen entstehen in den bereits genannten Bereichen: Transfers im Sozialbereich (insbesondere die Sozialhilfeumlage) und im Gesundheitsbereich (insbesondere die Krankenanstaltenumlage).

Seit 2009 haben sich die Transfers im Sozialbereich um 22,4 Prozent erhöht, 2014 leisteten die Gemeinden Transferzahlungen von insgesamt 1.296,1 Millionen Euro für den Sozialbereich. Die Transferbelastung im Gesundheitsbereich ist in den letzten fünf Jahren sogar um 30,6 Prozent gestiegen, sodass im Jahr 2014 insgesamt 1.058,9 Milliarden Euro von den Gemeinden zu

EINNAHMEN AUS GEBÜHREN
2014, EURO PRO EINWOHNER



FINANZIERUNG KOMMUNALE BASISAUFGABEN
DURCH UE925 ERTRAGSANTEILE

GRAFIK/Thomas Max/kommunal

SCHULDENSTAND 2014

	IN MIO. €	IN %
Bund	242 888	87,56
Länder inkl. Wien	25 979	9,37
Wien	5 731	2,07
Gemeinden	**7 192**	**2,59**
Sonstige	1 324	0,48
Gesamt	277 383	100,00

(MAASTRICHT-ERGEBNIS GEM. ESVG 2010)

anderen Gebietskörperschaften flossen.

Zudem wird von den Gemeinden (bis auf die Gemeinden in Niederösterreich) eine Landesumlage von den Ländern eingehoben. Seit 2009 hat sich die Höhe der Umlage um 25,7 Prozent erhöht. Im Jahr 2014 betrug die an die Länder zu zahlende Landesumlage in Summe 395,6 Millionen Euro.

Die „Analyse der Gemeindefinanzen vor dem Hintergrund eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs“ (erschienen in: Schriftenreihe Recht und Finanzierungspraxis der Gemeinden, Band 03/2015) hat außerdem gezeigt, dass der derzeitige Finanzausgleich kaum die tatsächlichen Anforderungen an die Gemeinden berücksichtigt und die Finanzierung der Basisaufgaben mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel nicht gesichert ist. Da die Gemeinden nur einen geringen Anteil von 11,883 Prozent an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben erhalten, ist die vollständige Bedeckung der kommunalen Basisausgaben nur durch zusätzliche Einnahmequellen, ständiges Hinterfragen der erbrachten Leistungen und strenge Haushaltsdisziplin möglich.

Vor allem die Transferzahlungen sind gestiegen, im Sozialbereich seit 2009 beispielsweise um 22,4 Prozent.

MAG. (FH) YVONNE OHNEWAS ist Consultant am Institut für Verwaltungsmanagement GmbH
yvonne.ohnewas@verwaltungsmanagement.at

MMAG. DR. CHRISTIAN MAYR ist Senior Consultant am Institut für Verwaltungsmanagement GmbH und Lehrbeauftragter an der Uni Innsbruck
christian.mayr@verwaltungsmanagement.at

REFORMBEDARF AN ALLEN ORTEN

MEHR ZENTRALISMUS **ALS AUSWEG?**

Die bloße Forderung nach Strukturreformen oder Abschaffung des Föderalismus ist zu oberflächlich.

Gäbe es in Österreich den Föderalismus nicht, wäre alles viel billiger und effizienter." Das wird uns zuletzt auch im „profil" vom 30.November 2015 suggeriert. Im selben Atemzug werden auch immer Gemeindezusammenlegungen gefordert, die Österreich viel effizienter machen würden. Beides ist unrichtig.

Schaut man auf die Finanzen, so zeigt sich deutlich, dass die Gemeinden die effizienteste Ebene sind. Sie haben in den letzten Jahren Maastricht-Überschüsse erwirtschaftet und so real Schulden abgebaut. Allein 2014 betrug der Überschuss 185 Millionen Euro. Das hat vor allem der Bund nicht geschafft. Auch die Länder mit Wien erfüllten mit minus 224 Mio. Euro die Vorgaben des Stabilitätspakts, der 2014 für die Länder insgesamt sogar ein Defizit von –954 Millionen Euro erlaubt hätte.

Bei den Mitarbeitern sind gerade die kleinen und mittleren Gemeinden die effizientesten. So hat eine Gemeinde in der Größenklasse von 2500 bis 5000 Einwohner zehn Gemeindebedienstete, Städte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern aber 16 Gemeindebedienstete pro 1000 Einwohner.

Auch im internationalen Vergleich kann sich der Anteil öffentlich Bediensteter an der Gesamtbeschäftigung sehen lassen. Österreich mit 10,7 Prozent Anteil öffentlich Bediensteter liegt im Vergleich unter dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten, wo dieser Anteil 15,5 Prozent beträgt. Die immer als Musterbeispiel zitierten nordeuropäischen Länder wie Norwegen, Dänemark und Schweden liegen bei knapp 30 Prozent. Diese Staaten weisen keine föderale Struktur auf und haben gerade kommunale Strukturreformen hinter sich. Dänemark mit seinen 98 Gemeinden und fünf Regionen bei 5,5 Millionen Einwohnern wird zwar immer als Muster hingestellt, ob hier effizienter und bürgernäher gearbeitet wird, darf aber hinterfragt werden.

> „Gegen eine **Aufgabenkritik und eine klare Zuordnung**, wer welche Aufgaben zu besorgen hat, hätte niemand etwas einzuwenden."

Größer heißt also nicht zwangsweise „billiger". Vielleicht auch ein Grund, weshalb der Industriekonzern VW in Zukunft nun weniger zentralistisch werden möchte („Wirtschaftsblatt" vom 11. 12. 2015). Es ist keine Frage, dass man auch Strukturen hinterfragen kann.

Am fragwürdigsten ist, dass Regelungen getroffen werden können, deren Kosten von den nachgelagerten Einheiten zu tragen sind. Vielleicht hätte sich das Verkehrsministerium dreimal überlegt, die Eisenbahnkreuzungsverordnung zu erlassen, wenn es den erforderlichen Investitionsbedarf von rund 250 Millionen Euro selbst tragen müsste. Auch die Diskussion um die akademische Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen würde anders verlaufen, wenn sie der Bund bezahlen müsste. Oder warum werden – der Empfehlung des Rechnungshofes nachkommend – die Schulen nicht mit Verwaltungspersonal, das auch vom Bund bezahlt wird, ausgestattet, um die aufgezeigten Einsparungstangenten zu erzielen? Aber offenbar denkt man daran, die Kosten für das administrative Personal den Gemeinden als Schulerhalter umzuhängen. Dann wären die „Einsparungen" natürlich noch höher. Aber kann man sich hier zentrale Lösungen erwarten, wenn nicht einmal das Problem der Eichpflicht von Schulwaagen gelöst werden kann?

HR DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemendebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

NEUE PLATTFORM

EINBLICK IN DIE FINANZEN JEDER GEMEINDE

Seit Jahresbeginn 2016 ist auf www.gemeindefinanzen.at eine neue Plattform online, auf der jeder Bürger, jede Bürgerin Einblick in die Finanzen jeder Gemeinde nehmen kann.

Die Plattform gemeindefinanzen.at ist ein riesiger Schritt zur völligen Transparenz der kommunalen Haushalte jeder einzelnen Gemeinde", so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Die Finanzdaten jeder Kommune sind dabei auf sehr vielfältige Art, aber einfach abruf- und vergleichbar. „Wir sehen dies als Zeichen und Beleg dafür, dass wir nichts zu verbergen haben. Jede/r Österreicher/in hat ein Anrecht darauf, in die Finanzen der eigenen Gemeinde in gut lesbarer und verständlicher Form Einsicht nehmen zu können."

Gemeinsam mit der Kommunalkredit Austria wurde dieses Projekt umgesetzt, programmiert von der Austria Presse Agentur (APA) und befüllt mit den Daten der Statistik Austria. „Wir legen damit alles offen", so Mödlhammer. „Man kann Ausgaben und Einnahmen nach dutzenden Indikatoren über viele Ebenen hinein anschauen. Und man kann über einen eigenen Button sich mit jeder Gemeinde seiner Wahl vergleichen. Auch Vergleiche mit den Durchschnittswerten der Gemeinden im Bezirk, im Bundesland oder österreichweit sind möglich." Die Daten reichen immer fünf Jahre zurück, bereitgestellt werden die letzten verfügbaren Daten der Statistik Austria, in diesem Fall auf Basis der Rechnungsabschlüsse 2014.

Die ersten Erfahrungen sind durchwegs positiv. „Die Zugriffszahlen in den ersten zwei Wochen waren enorm", weiß Mödlhammer. „Tausende Bürger/innen haben diese Möglichkeit genutzt, um sich über die Finanzlage ihrer Gemeinde zu informieren. Die Gemeinden sind damit Vorreiter, was die Transparenz betrifft."

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindefinanzen.at

Die Daten reichen fünf Jahre zurück und basieren auf den jeweils aktuellsten verfügbaren Rechnungsabschlüssen der Gemeinden, die derzeit jüngsten Daten stammen also aus 2014. Nicht enthalten ist Wien wegen seiner Sonderstellung als Bundesland und Gemeinde.

Auch für Kommunalkredit-Chef Mag. Alois Steinbichler ist diese Entwicklung ein wichtiger Meilenstein. „Wir produzieren ja seit Jahren den sehr umfangreichen Gemeindefinanzbericht, der in kumulierter Form Auskunft über den Stand der Gemeindefinanzen gibt. Die heute vorgestellte Plattform war der nächste logische Schritt."

Das Projekt war durchaus aufwändig. „Wir haben mehr als 1,5 Jahre an der Umsetzung gearbeitet", so Mödlhammer. „Die Datenmengen sind enorm und müssen ja so verarbeitet und aggregiert werden, dass man auch etwas damit anfangen kann. Die Experten haben hier phantastische Arbeit geleistet, dieses Tool wird nicht nur für interessierte Bürger/innen, sondern auch für die Arbeit von Journalisten/innen ein großer Gewinn sein. Ich bedanke mich hier besonders bei der Kommunalkredit und allen, die mitgeholfen haben, dieses Projekt umzusetzen."

Die jeweils neuen Daten werden künftig immer im Herbst eingepflegt. „Wir erhalten die Daten jedes Jahr im Oktober, dann werden sie neu eingespielt", so Mödlhammer. Derzeit ist in der Steiermark etwa noch die alte Gemeindestruktur berücksichtigt, weil die Gemeindezusammenlegungen ja erst mit Jänner 2015 umgesetzt wurden. Beim nächsten Mal werden dann schon die Daten für die neue Gemeindestruktur verfügbar sein. Auch für Amtsleiter/innen und Fachreferent/innen in den Gemeinden bietet das Tool viele Möglichkeiten. „Wir haben zahlreiche Rückmeldungen bekommen, wie positiv es ist, dass sich Gemeinden nun in jeder Hinsicht miteinander vergleichen können", so Mödlhammer.

VERNETZUNGSTREFFEN WIESELBURG

AUF DER SUCHE **NACH LÖSUNGEN**

Rund 80 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister trafen sich am 19. Jänner im niederösterreichischen Wieselburg, um gemeinsam Lösungen für die vielen Fragen rund um Asyl und Flüchtlingen zu finden.

Pictures of a discussion – ein Bilderbogen aus Wieselburg.

TEXT / Hans Braun

Die Flüchtlinge werden weiter nach Europa – und vor allem nach Schweden, Deutschland und Österreich – strömen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehmen in diesem „Drama“ eine Schlüsselrolle ein, weil sie nicht nur Wohnraum, sondern dadurch auch Zusammenhalt schaffen können. Wie es auf der Website des Forums Alpbach so treffend formuliert ist: „Sie sind wichtige Baumeister der Solidarität.“ Seit Juni 2015 hat sich die Zahl der Gemeinden, die Kindern, Frauen und Männern auf Asylsuche Quartier geben, verdoppelt. Und der Bedarf wächst weiter.

Der Spagat, den die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hinlegen müssen, ist beachtlich. Genauso beachtlich ist auch die Ruhe und Souveränität, mit der sie an die Sache herangehen, wie sich in Wieselburg wieder gezeigt hat. In kleinen Arbeitsgruppen wurden Praxisbeispiele aus Integrations-Vorzeigegemeinden, präsentiert von den Bürgermeistern, genauso diskutiert wie aktuelle Fragen rund ums Asylwesen und

FOTOS / Luiza Puiu - Forum Alpbach / Thomas Max/KOMMUNAL, Carina Rumpold, Gemeindebund

Integrationsthemen – moderiert von Experten wie Anwälten und Sozialarbeitern.

Ein besonderer Schwerpunkt war der Tatsache gewidmet, dass es zu wenig Wohnraum gibt. „Nur wenn wir menschengerechtes und leistbares Wohnen ermöglichen, kann sichergestellt werden, dass Integration funktioniert“, wie Koordinator Christian Konrad festhielt. Das gelte allerdings auch für die eigene Bevölkerung. Die von Architekten vorgestellten Lösungen waren daher vor vornherein so konzipiert, dass sie ohne große Umstände, aber mit anderen Einrichtungen sofort für ortsansässige Wohnungssuchende verwendet werden können. Und eine weitere Besonderheit des Vorarlberger Modells: Es sind Kleinhäuser, in denen je 15 Asylsuchende untergebracht werden können. Platziert sind die Häuser – vor allem in der eher kleindörflichen Struktur möglich – in den Vorarlberger Gemeinden. Eine Anordnung, die einerseits sowohl die Betreuung als auch die Integration deutlich erleichtert. Auch das Salzburger Modell eines zweigeschossigen Holzhauses, gebaut von Firmen aus der Region (womit auch die Wertschöpfung dort bleibt), fand den Beifall der Gemeindevertreter. Und das Haus kann, sobald es nicht mehr gebraucht wird, „zerlegt“ und in Containern zwischengelagert werden, bis – irgendwo – ein neuer Notfall auftritt.

In der kommenden Ausgabe von KOMMUNAL werden wir ausführlich über alle Vernetzungstreffen berichten sowie die einzelnen Wohnraum-Modelle vorstellen. Auf **www.kommunal.at** berichten wir laufend über das Thema Asyl und Wohnraum.

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2016

GEMEINDEN SIND DAS **RÜCKGRAT ÖSTERREICHS**

Der 63. Österreichische Gemeindetag am 6. und 7. Oktober 2016 im Klagenfurter Messezentrum steht ganz im Zeichen des Finanzausgleichs.

Der 63. Österreichische Gemeindetag findet am 6. und 7. Oktober 2016 im Klagenfurter Messezentrum unter dem Motto: „Die Gemeinden – das Rückgrat Österreichs, Vielfalt erhalten – gemeinsam gestalten“ statt und steht ganz im Zeichen des Finanzausgleichs und der Erhaltung der Vielfalt in den Gemeinden und Regionen. Die Kommunalmesse, veranstaltet vom Österreichischen Kommunalverlag, beginnt zeitgleich mit dem Gemeindetag ebenfalls im Messezentrum.

Für früher anreisende Mandatare findet ein sogenannter „Pre Check-in“ zum 63. Gemeindetag bereits am **5. Oktober von 14.00 bis 17.00 Uhr** im Messefoyer vor der Halle 1 des Klagenfurter Messezentrums statt.

Der eigentliche Start von Gemeindetag und Messe ist der **6. Oktober**, wenn ab **8.00 Uhr** der Check-in-Schalter sowie der Messebetrieb seine Pforten öffnet. Die offizielle **Eröffnung** von Gemeindetag und Messe finden um **11.00 Uhr** in der Halle 2 statt. Hier geht von **14.00 bis 16.00 Uhr** auch die **Fachtagung** über die Bühne. Beginn des **Galaabends** ist um **19.30 Uhr** in der Halle 5.

Die Hauptveranstaltung **63. Österreichischer Gemeindetag** beginnt am **7. Oktober ab 9.30 Uhr** mit dem Empfang der Ehrengäste und dem Einmarsch in die Halle 5. Die Spitzen der Republik sowie Top-Vertreter des Landes werden an der Tagung teilnehmen.

An beiden Tagen ist die Kommunalmesse 2016 **ab 9.00 Uhr geöffnet**. Erwartet werden an die 100 Firmen, die den Gemeindevertretern wieder die neuesten Trends und die Errungenschaften der Wirtschaft vorstellen werden.

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindetag.at
&
www.diekommunalmesse.at

KOMMUNALMESSE 2016

www.diekommunalmesse.at

6.-7. Oktober 2016, Messe Klagenfurt

Im Rahmen des 63. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

GEMEINSAM HEIMAT GESTALTEN

Österreichs größte Fachmesse für Gemeinden

Innovative Ideen und Lösungen auf 10.000 m² Ausstellungsfläche

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

NORMENGESETZ 2016

LEICHTERER ZUGANG **ZU NORMEN**

Kostenpflichtig in der Anschaffung, verbindlich in der Anwendung, kostentreibend bei der Einhaltung, intransparent bei der Erstellung, überbordend in ihrer Anzahl – so die Lesart vieler Kritiker im Zusammenhang mit „Normen“.

Nunmehr hat der Gesetzgeber den zahllosen Bedenken gegen die bisherige Normungspraxis zumindest ein wenig Rechnung getragen. Das im Dezember verabschiedete und in Teilbereichen bereits am 1. Jänner 2016 in Kraft getretene „Normengesetz 2016“ verfolgt im Wesentlichen folgende Ziele:

- Kontrolle des Normungsinstituts mit konkretem Aufsichtsrecht im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
- Normung nur mehr auf Antrag, Einspruchsrecht gegen Normungsanträge
- Schaffung einer Schlichtungsstelle
- Neuausrichtung der Finanzstruktur des Normenwesens unter gleichzeitiger Entlastung der Anwender
- Einrichtung eines Normungsbeirats als beratendes Gremium
- Erleichterter Zugang zu Normen und zur Mitarbeit im Normungsprozess für KMU
- Schaffung eines kostenlosen Zugangs zu verbindlichen Normen

Als durchwegs positiv kann man die Intention des Gesetzgebers werten. Der neue Rechtsrahmen schafft die notwendige Transparenz, verschafft (zumindest) einen teilweisen kostenlosen Zugang und trifft klare Vorgaben und auch Kontrollmechanismen bei der Erarbeitung von Normen. Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass die Zunahme neuer und die Überarbeitung bestehender Regelwerke gedämpft und damit auch ein kostentreibender Faktor im Zaum gehalten wird.

Etwas beeinträchtigt wird der positive Gesamteindruck durch die Tatsache, dass das Normengesetz nur für jene Normen Anwendung findet, die vom Normungsinstitut, dem heutigen Austrian Standards Institute, herausgegeben (angenommen) werden. Zu bedenken ist, dass es neben den sogenannten Önormen zahlreiche andere Regelwerke und Richtlinien gibt, die den Önormen in ihrer rechtlichen, aber auch inhaltlichen Bedeutung um nichts nachstehen, so etwa die OVE-Richtlinien des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik, die Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS), die von der Österreichischen Forschungsgesellschaft Straße, Schiene, Verkehr herausgegeben werden, oder die OIB-Richtlinien, die vom Österreichischen Institut für Bautechnik erarbeitet werden.

> „Der **kostenlose Zugang zu Normen** ist durch das neue Gesetz nur bescheiden ausgefallen.“

Die Frage, weshalb man erst Geld in die Hand nehmen muss, um in Erfahrung zu bringen, was man tun darf/muss und was nicht, werden sich viele noch länger stellen müssen. Der kostenlose Zugang zu Normen ist durch das neue Gesetz nur bescheiden ausgefallen. Die dazu einschlägige Bestimmung findet sich in § 9 Normengesetz.

Demnach kann eine rein österreichische Norm durch Gesetz oder Verordnung zur Gänze oder teilweise verbindlich erklärt werden. Durch Bundesgesetz oder Verordnung eines Organs des Bundes verbindlich erklärte rein österreichische Normen sind im Umfang ihrer Verbindlicherklärung zu veröffentlichen, damit die Norminhalte für die Betroffenen in gleicher Weise wie das Gesetz oder die Verordnung zugänglich sind. Die rein österreichische Norm oder deren Teile sind sodann als Bestandteil der sie verbindlich erklä-

FOTO/ Kyirill Wright - shutterstock.com,

Die Frage, weshalb man erst Geld in die Hand nehmen muss, um in Erfahrung zu bringen, was man tun darf/muss und was nicht, werden sich viele noch länger stellen müssen.

renden Rechtsvorschrift ein freies Werk im Sinne des § 7 Abs. 1 des Urheberrechtsgesetzes.

Da nur jene Normen frei zugänglich sein sollen, die rein österreichische sind (innerstaatlich erarbeitet wurden) und der Umfang von Normen rein österreichischen Ursprungs weniger als zehn Prozent des österreichischen Normenwerks beträgt, bleiben 90 Prozent aller Normen kostenpflichtig. Da außerdem nur jene rein österreichischen Normen kostenfrei sein sollen, die auch für verbindlich erklärt wurden, und dies darüber hinaus nur für jene Normen gilt, die durch Bundesgesetz oder durch Verordnung eines Organs des Bundes für verbindlich erklärt werden, bleiben im Umkehrschluss all jene Normen, die durch Landesrecht für verbindlich erklärt werden, ebenso kostenpflichtig wie jene, die nicht für verbindlich erklärt wurden.

Wie dies mit dem vor einem Jahr ergangenen Beschluss des Verfassungsgerichtshofs zu vereinbaren ist, wonach für verbindlich erklärte Normen kostenfrei sein müssen, da sie das Schicksal der sie für verbindlich erklärenden Rechtsvorschrift teilen, wird im Zusammenhang mit durch Landesgesetz oder Verordnung für verbindlich erklärte Normen noch zu klären sein.

Ebenso zu hinterfragen ist, weswegen nur für verbindlich erklärte Normen kostenfrei sein sollen. Denn im Ergebnis – etwa in straf- oder zivilrechtlichen Verfahren – zählt in erster Linie der Stand der Technik und dieser muss sich nicht unbedingt durch eine für verbindlich erklärte Norm ausdrücken.

KOMMENTAR

ÜBER DIE WIDERSPRÜCHLICHEITEN VON NORMEN UND GESETZEN

„Was nicht genormt ist, gibt es nicht“

Normen begegnen uns von früh bis spät, von jung bis alt, vom Kaffeefilter bis zum Sargnagel. Es gibt nahezu nichts, das nicht genormt ist, um nicht zu sagen: „Was nicht genormt ist, gibt es nicht“. So sehr Normen unseren Alltag erleichtern, so schwer tut man (der Normunterworfene) sich damit, sie zu kennen, sie zu finden, sie zu fassen. Dabei haben Normen, gleich ob sie für verbindlich erklärt werden oder nicht, einen ungemein hohen Stellenwert, etwa bei der Eruierung des Standes der Technik. Dieser spielt bei der Frage der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit eine wesentliche, zumeist sogar die entscheidende Rolle. Wie bei Gesetzen gilt auch bei Normen: „Wer sich daran hält, hat nichts zu befürchten“. Wer hingegen gültige Normen ignoriert, muss mit verwaltungsrechtlichen, strafrechtlichen und zivilrechtlichen Folgen rechnen.

Gemein ist Gesetzen und Normen auch ihre Fülle und die Vielfalt, die letztlich dazu führt, dass kaum noch jemand in der Lage ist, alle Regulativen im Detail nachzuvollziehen, geschweige denn sie zu vollziehen.

Das waren auch schon die Gemeinsamkeiten, gravierender sind die Unterschiede zwischen Gesetzen und Normen. So sind Gesetze frei zugänglich, Normen mit wenigen Ausnahmen kostenpflichtig. Gesetzgeber werden gewählt, Normenersteller ausgewählt. Gesetze kann man anfechten und prüfen lassen, Normen allenfalls kritisieren. Widersprechende Gesetze sind verfassungswidrig, widersprechende Normen nicht.

Ein Gebot der Stunde war daher zurecht, dem Normenwesen selbst einen neuen rechtlichen Rahmen zu geben.

BERNHARD HAUBENBERGER
ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund
bernhard.haubenbeger@gemeindebund.gv.at

FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE BAD VÖSLAU

WOHIN **BÜRGER-ENGAGEMENT** FÜHRT

Warum fährt man nach Bad Vöslau? Vielleicht weil man wissen möchte, wo das gute Wasser herkommt. Vielleicht will man auch im aus 660 Metern Tiefe gewonnenen Thermalwasser schwimmen. Oder man schaut sich an, was es heißt, wenn das „Gütesiegel“ der „Familienfreundlichen Gemeinde“ mit Leben erfüllt wird.

TEXT / Carina Rumpold

Von Wien aus geht es eine halbe Stunde lang mit dem Zug über Baden in die niederösterreichische 11.000-Einwohner-Gemeinde. Das Audit familienfreundlichegemeinde wurde hier so angegangen, dass die Projekte für die unterschiedlichen Lebensphasen von Beginn an in verschiedene Arbeitsgruppen aufgeteilt wurden. Kleinkinder und Kindergarten, Schüler und in Ausbildung stehende Jugendliche, Menschen in der nachelterlichen Phase, Senioren sowie die Gruppe „Lebensqualität für alle“ sind die Bereiche, um die sich die Menschen hier bemühen.

„Das Besondere an diesem Audit ist, dass die Gemeinden, egal ob vom Gemeindebund oder dem Ministerium, von Beginn an gut unterstützt werden. Sonst könnte man so einen langen Prozess auch nicht durchhalten“, sagt Bürgermeister Christoph Prinz.

Da in Bad Vöslau das gute Miteinander der unterschiedlichen Altersgruppen gepflegt wird, stand der Prozess unter dem Motto „Generationen mit Visionen“. Nach der Ist-Analyse, die zeigte, dass in der Stadt bereits viele Angebote vorhanden sind, die aber kaum jemandem in der Fülle zuvor bewusst waren, wurden durch eine Fragebogen- und Postkartenaktion die Wünsche der Bevölkerung gesammelt und in die Arbeitsgruppen getragen. Durch die Auswertung der Fragebögen stellte sich rasch heraus, dass das Essen im Kindergarten nicht dem Geschmack der Eltern und Kinder entspricht. „Manchmal ist es leichter, etwas zu verändern, wenn man sich Hilfe von außen holt. In diesem Fall war das eine Ernährungswissenschafterin, die gemeinsam mit dem örtlichen Gasthaus, das das Essen für die Kinder zubereitet, einen kindgerechten gesunden Speiseplan erarbeitete. Anschließend wurde dieser der Kindergartenleitung und den Eltern präsentiert. Als Verbindungsglied fungierte dabei immer die Auditgruppe“, schildert Prinz.

> „Manchmal ist es leichter, etwas zu verändern, wenn man sich **Hilfe von außen** holt.“
>
> **Christoph Prinz,** Bürgermeister von Bad Vöslau

Ein weiteres Erfolgsprojekt ist der Kindersachenflohmarkt. Bettina Gschaider, die das Projekt von Beginn an begleitet, weiß worauf es ankommt: „Wir haben mit sechs Tischen im Schlosspark angefangen und sind jetzt bei 50 Tischen. Die ursprüngliche Idee war, dass Kinder und Jugendliche ihre alten Spielsachen verkaufen und sich damit ihr Taschengeld aufbessern können. Wir merkten schon beim ersten Mal, dass die Idee gut ankommt. Ein richtiger Erfolg wurde es aber, als wir das Ganze mit einer Kaffeejause, die von den Senioren angeboten wurde, verbanden. Dabei kamen 600 Euro Reinerlös als Spende für unser Jugendzentrum zusammen.“

MAG. CARINA RUMPOLD IST REDAKTEURIN BEI KOMMUNALNET
carina.rumpold@gemeindebund.gv.at

Mit den Lesebuddies können Kinder ihre Lesedefizite nachholen. Zehn Ehrenamtliche übernehmen diese Funktion vom Kindergarten bis zur Neuen Mittelschule.

Durch die rollbaren Regale lässt sich jederzeit Platz für kleinere Veranstaltungen schaffen. Selbst die Kleinsten verbringen hier gerne ihren Nachmittag, um in den vielen Büchern zu lesen.

Bad Vöslau hat 2015 das Zertifikat Audit familienfreundlichegemeinde erhalten.

Nachahmenswert sind auch die Lesebuddies. Zehn Personen, die sich ehrenamtlich bereit erklärt haben, für Kinder eine Lesepatenschaft zu übernehmen, besuchen diese meist einmal wöchentlich in den Kindergärten und Schulen, um vorzulesen oder mit ihnen gemeinsam zu lesen.

Gemeinsam mit dem Stadtmuseum, im ehemaligen Gemeindeamt des Ortsteils Gainfarn untergebracht, hat sich die Bücherei zu einem lebendigen Ort entwickelt. Regelmäßig besuchen die Kindergärten und Schulen die mit über 16.000 Büchern gut bestückte Bücherei, zusätzlich finden hier neben Lesungen auch das Ferienspiel, das Puppentheater oder die Weihnachtsvorlesungen, die Eltern am Vormittag des 24. Dezember entlasten, statt. „Die Veranstaltungen nehmen die Schwellenangst“, erzählt Heidi Höllerbauer, die gemeinsam mit der Leiterin der Bücherei, Angelika Kafka, die zahlreichen Veranstaltungen abwickelt.
Das Lesecafé, das im Rahmen des Audit entstanden ist, sowie das kostenlose WLAN laden außerdem dazu ein, hier ganze Nachmittage in Büchern oder E-Books zu schmökern. In Zukunft wollen sie auch die in Bad Vöslau untergebrachten Flüchtlinge noch stärker in die Bücherei locken, denn gerade lesen hilft, die Sprache schneller zu erlernen.

http://kommunal.at/artikel/wohin-buerger engagement-fuehrt/

EIN NEUER KONVENT

EUROPA FÜR ALLE **ALTERSGRUPPEN**

Europa hat ein neues Netzwerk für Gemeinden. Hauptthema ist der demografische Wandel.

TEXT / Daniela Fraiss

Am 7. Dezember 2015 wurde in Brüssel feierlich der Konvent zum demografischen Wandel aus der Taufe gehoben. In Fortsetzung des losen Netzwerkes AFE-Innovnet, an dem sich auch der europäische Dachverband RGRE beteiligt hatte, wird dieser Zusammenschluss öffentlicher Gebietskörperschaften ähnlich agieren wie der EU-Bürgermeisterkonvent. Nur eben im großen Themenfeld demografischer Wandel.

Gemeinden, Gemeindeverbände, aber auch ganze Bundesländer können sich am Konvent beteiligen; zwei Formen der Mitgliedschaft erlauben einen gewissen Spielraum bei der Intensität der Aktivitäten.

Vollmitglieder müssen sich verpflichten, innerhalb von zwei Jahren nach Beitritt einen Aktionsplan für alters- bzw. generationengerechte Umwelt vorzulegen. Ebenso ist jährlich Bericht zu erstatten, welche Fortschritte in der Gemeinde erzielt wurden.

Dabei sind die Mitglieder an keine strikten Vorgaben gebunden. Im Gegensatz zum EU-Bürgermeisterkonvent gibt es keine allgemein verbindlichen Ziele, jeder Teilnehmer legt seine Prioritäten, Aktionen sowie Messmethoden individuell fest.

Die Vollmitgliedschaft ermöglicht den Zugang zu sämtlichen Dokumenten und Best-Practices anderer Mitglieder, die Unterstützung seitens des Konventssekretariats und erlaubt es Gemeinden, automatisch dem WHO-Netzwerk „Age-friendly Communities and Cities“ beizutreten.

Neben der Vollmitgliedschaft können Gemeinden für eine einfache Mitgliedschaft optieren. Diese öffnet den Zugang zum Informationsaustausch auf der Website.

„Lernen von anderen“ ist das häufigste Motiv einer Teilnahme am Konvent für Gemeindevertreter.“

LINKS ZUM THEMA

http://afeinnovnet.eu/content/towards-covenant

Aus Österreich nahmen zwei Vorarlberger mit kommunalem Background an der Auftaktveranstaltung teil: Werner Huber, Vorsitzender des Vorarlberger Seniorenbeirats, und Erwin Mohr, Präsident der Bodenseeplattform.

Warum sich diesem Netzwerk anschließen?

Bei der Auftaktveranstaltung in Brüssel wurden Kommunalvertreter nach ihren Motiven für die Teilnahme am Konvent befragt. Am häufigsten wurde „lernen von anderen“ genannt, wobei jeder Vortragende selbst einiges zu bieten hatte. Udines Bürgermeister berichtete etwa von diversen Projekten zur Mobilitätssteigerung der älteren Bevölkerung, von Maßnahmen gegen Vereinsamung und zur Förderung intergenerationeller Aktivitäten. Der Vertreter des Baskenlandes wies darauf hin, dass im Jahr 2050 über 40 % der baskischen Bevölkerung älter als 65 sein werden, die 112 Gemeinden diese Entwicklung daher schon jetzt berücksichtigen müssen. In Krakau versucht man, Senioren für Freiwilligentätigkeiten zu gewinnen. Und im niederländischen Groningen, einer der jüngsten Städte der Niederlande, stehen nicht Senioren per se, sondern Gesundheitsprävention für alle im Vordergrund.

„Alterung: der Silberstreif am Horizont – die Chancen und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft für die Kommunalverwaltung". Die Broschüre des britischen Gemeindebundes LGA (Local Government Association) befasst sich mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und ist neben vielen anderen auf der Website des Konvents zu finden.

Am demografischen Wandel und lokalen Lösungsansätzen interessierte Gebietskörperschaften haben somit die Möglichkeit, von anderen zu lernen, aber auch gemeinsame Projekte einzureichen. Eine der Aufgaben des Konventssekretariats ist es, Mitglieder bei der Einreichung von EU-Förderungsanträgen zu unterstützen. D. h. die Plattform informiert nicht nur über laufende Ausschreibungen, sie erleichtert auch die Suche nach potenziellen Partnern und unterstützt diese ganz konkret bei der Antragstellung.

Die Finanzierung des Konvents, der als Non-Profit Verein nach belgischem Recht organisiert ist, bleibt allerdings noch offen. Die Statuten sehen die Möglichkeit vor, Mitgliedsbeiträge einzuheben. Wenn die Mitglieder ein ständiges Sekretariat zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben wollen, dürfte daran kein Weg vorbeiführen.

Wer ist schon dabei? Bisher zeigten 77 Gebietskörperschaften und Organisationen aus 18 Ländern Interesse, dem Konvent beizutreten. Auffallend ist das Übergewicht mittelgroßer Städte, kleinere Gemeinden sucht man in der Liste der Erstunterzeichner vergeblich.

Das mag damit zu tun haben, dass das bisherige Netzwerk AFE-Innovnet akademisch-technisch aufgebaut war und die Idee, einen Konvent zu gründen, unter Gemeinden und Gemeindebünden wenig bekannt war. Eine andere Hürde kann in der Arbeitssprache Englisch gesehen werden. Diese Hürde wäre allerdings zu nehmen, denn Aktionspläne und Berichte können in der eigenen Muttersprache verfasst sein, sofern dem Sekretariat jeweils eine kurze Zusammenfassung auf Englisch übermittelt wird.

RGRE-KONGRESS

Lokale und regionale Visionen **für Europa im Jahr 2030**

Vom 20.-22. April treffen sich heuer hunderte europäische Kommunal- und Regionalpolitiker in Nikosia (Zypern), um im Rahmen des RGRE-Kongresses lokale und regionale Visionen für Europa zu diskutieren. Ziel ist es, den Kongress, der 2006 als Europäischer Gemeindetag auch in Innsbruck abgehalten wurde, interaktiver zu gestalten und im Rahmen von Workshops, World Cafés und Seminaren echte Diskussionen zu ermöglichen. Politische Entscheidungsträger sollen aus der Reserve gelockt werden, um ihre Visionen von und Erwartungen an Europa zu artikulieren. Sieben Themenschwerpunkte sorgen dafür, dass jeder Teilnehmer etwas mitnehmen kann: Governance und Führungskompetenz; Wirtschaft und Finanzen; Unternehmen, Technologie und Innovation; Gesellschaft und Kultur; Umwelt, Energie und Klima; Zusammenarbeit und Partnerschaften; Integration.

www.cemr2016.eu/

GEMEINDERÄTE IN DER EU-HAUPTSTADT

Heiße Tage **in Brüssel**

Im Zentrum des Weltgeschehens fanden sich jene 20 Europa-GemeinderätInnen, die sich im November für drei Tage nach Brüssel begeben hatten, um die EU einmal von innen zu sehen: Ausnahmezustand im nur 90 Minuten entfernten Paris und höchste polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen in Brüssel selbst. Doch die hoch motivierten GemeindevertreterInnen, die aus ganz Österreich angereist waren, meisterten die Situation mit Bravour. Begleitet von MitarbeiterInnen des Außenministeriums, der EU-Kommission und des EU-Parlaments absolvierten sie in drei Tagen ein Marathon-Programm: An der EU-Kommission trafen sie Top-Beamte, die ihnen Rede und Antwort in Hinblick auf ihre brennendsten Fragen standen: Wo geht die europäische Asylpolitik hin? Und – kommt jetzt eigentlich TTIP, oder nicht? Klartext durften die GemeinderätInnen dann auch mit österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments reden, nach dem Motto: Warum ist Europa von den Österreichern „so weit weg"? Wertvolle Tipps, wie die KommunalpolitikerInnen diese Distanz durch ihrer Arbeit mit den Menschen zu Hause selbst verringern können, gab es schließlich an der Ständigen Vertretung Österreichs an der EU und dem Brüsseler Büro des Österreichischen Gemeindebundes. Fazit einer begeisterten Europa-Gemeinderätin: „Eine starke EU bedeutet, heute mehr denn je, eine Zukunft für unseren Kontinent in Wohlstand, Sicherheit, und Frieden. Und das wünschen wir uns doch alle, nicht zuletzt in den Gemeinden. Deshalb fängt für mich Europa genau dort an."

TRINKWASSER- UND ABWASSERNETZE

INITIATIVE „VOR SORGEN“ PRÄSENTIERT **„TATENBANK“**

Wie der Erhalt und die Erneuerung von Trinkwasser- und Abwassernetzen in Österreich in der Praxis funktionieren können, zeigt die Initiative VOR SORGEN mit einer Sammlung von über 30 Fallbeispielen aus Gemeinden, Wasserverbänden und Genossenschaften.

Österreich hat eines der besten Trinkwasser- und Abwassersysteme der Welt. Neun von zehn Haushalten sind mit dem öffentlichen Netz verbunden. In die rund 170.000 Kilometer langen Trinkwasser- und Abwasserleitungen wurden seit 1959 insgesamt 58,2 Milliarden Euro investiert.

Nun gilt es, diese Infrastruktur langfristig und auf hohem Niveau zu sichern. Viele Teile des Netzes sind in die Jahre gekommen und müssen schon bald erneuert oder saniert werden. Etwa ein Drittel aller Wasserleitungen ist heute älter als 40 Jahre; auch rund 13 Prozent der Kanäle haben dieses Alter bereits erreicht. Seit 2012 vermittelt VOR SORGEN den Menschen, wie wichtig die laufende Erhaltung unserer unterirdischen Infrastruktur ist. Hinter der Initiative stehen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLUFW), ÖWAV und ÖVGW, Städte- und Gemeindebund sowie alle neun Bundesländer. Im Zentrum von VOR SORGEN steht Bewusstseinsbildung, die sich insbesondere an EntscheidungsträgerInnen in den Gemeinden, Städten sowie Verbänden in Österreich richtet.

VOR SORGEN „Tatenbank“: Praxisbeispiele aus ganz Österreich: Um das Vorgehen beim Prüfen, Sanieren und Erhalten der Trinkwasser- und Abwassersysteme greifbar zu machen, präsentiert die Initiative im Jänner 2016 mehr als 30 Fallbeispiele aus ganz Österreich. Unter dem Schlagwort „TATENBANK“ werden die Beispiele nach sechs thematischen Schwerpunkten wie zum Beispiel „Die Wahl des richtigen Sanierungszeitpunkts“ oder „Technische Lösungen“ gegliedert. Sie zeigen, was verschiedene österreichische Gemeinden, Verbände und Wassergenossenschaften bereits für den Erhalt ihrer Trinkwasser- und Abwassernetze geleistet haben.

Wiener Wasser setzt bei der Sanierung von Rohrleitung auf grabungsarme Verfahren, wie z.B. das Rohreinzugsverfahren.

Von Amstetten bis Wien – Die Praxisbeispiele in der Tatenbank sind vielfältig und zeigen die verschiedenen Möglichkeiten, wie Sanierungsprojekte strategisch angelegt werden können. Eine vorbildliche „Sanierung nach Plan“ erfolgt zum Beispiel in Amstetten: Das Kanalnetz wurde dort in zehn zusammenhängende Teilbereiche unterteilt. Jedes Jahr wird ein Bereich mittels Kanal-TV überprüft und der Zustand bewertet. Notwendige Sanierungsmaßnahmen werden ausgearbeitet und umgesetzt. So lässt sich vermeiden, dass es zu einer Anhäufung überfälliger Investitionen kommt.

Wie man den wirtschaftlich besten Zeitpunkt findet, um eine Leitung zu sanieren oder zu erneuern, zeigen die Beispiele unter dem Themenschwerpunkt „Der beste Sanierungszeitpunkt“. Das Wasserwerk Villach verwendet für die Erneuerungsplanung beispielsweise eine Prognose-Software. Aber auch unterschiedliche Prüfverfahren können zum Einsatz kommen. Oftmals sind Synergien mit anderen Bauvorhaben (zum Beispiel einer Straßensanierung) ausschlaggebend für die

Fotos / © Stadtgemeinde Bad Ischl / .© Innsbrucker Kommunalbetriebe / © Houdek/Wiener Wasser

Umfangreiche Kanalsanierungsarbeiten in der Innenstadt von Bad Ischl.

Durchführung von Maßnahmen zum jeweiligen Zeitpunkt.

Auch die technischen Möglichkeiten bei der Leitungssanierung sind vielfältig und werden laufend weiterentwickelt: Kanal-Roboter nehmen im dicht verbauten Stadtgebiet von Wien fräsend, schraubend und bohrend unterirdische Reparaturarbeiten vor. Innovative Verfahren wie das Berstlining ermöglichen annähernd grabungsfreie Arbeiten – das alte Rohr wird mit einer Art Bohrkopf aufgebrochen und gleichzeitig ein neues Rohr eingezogen. Unter dem Stichwort „Technische Lösungen" gibt die Tatenbank einen Eindruck von der Bandbreite und den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten solcher Erneuerungsverfahren.

Neben der technischen Herangehensweise ist auch die Finanzierung und Gebührenpolitik ein entscheidender Bestandteil von erfolgreichen Sanierungskonzepten. Ein wichtiges Stichwort ist hier die Kosten- und Leistungsrechnung, der auch die neuen Förderungsrichtlinien des Bundes für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft, die ab 1. Jänner 2016 in Kraft getreten sind, einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher einräumen.

Grabenlose Kanalsanierung: Beim sogenannten „Schlauchlining"-Verfahren wird ein in Polyester-Harz getränkter Nadelfilzschlauch mittels Luftdruck in den Kanal eingestülpt. Ist der Schlauch am Ziel angekommen, wird der Kleber mittels Wasserdampf zum Aushärten gebracht. Das Ergebnis ist eine perfekte nahtlose Innenauskleidung des Altrohres.

Nicht zuletzt ist auch die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Aufgabe von Leitungsnetzbetreibern. Wie die Tatenbank-Beispiele zeigen, macht sich eine serviceorientierte und offensive Kommunikationsstrategie auch dann bezahlt, wenn es darum geht, Privatbesitzer zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen bei ihren Hausanschlussleitungen zu bewegen oder wenn Geduld bei umfangreichen Baumaßnahmen gefragt ist.

VOR SORGEN-Angebote nutzen! Die Tatenbank wurde im Jänner 2016 in Form einer Broschüre und auf **wasseraktiv.at/vorsorgen** veröffentlicht. Dort können auch alle Informationen zu VOR SORGEN in Form von Videos, Präsentationen, Foldern und Wanderausstellungen kostenlos angefordert bzw. heruntergeladen werden.

Unter **vorsorgecheck.wasseraktiv.at** können Gemeinden, Verbände und Genossenschaften den Investitionsbedarf in das eigene Leitungsnetz in den kommenden zehn Jahren abschätzen und auch den Zustand des eigenen Netzes sowie die Qualität ihrer laufend durchgeführten Wartungsarbeiten bewerten lassen.

VOR SORGEN ist eine gemeinsame Initiative des BMLFUW, aller neun Bundesländer, der Verbände ÖVGW und ÖWAV sowie des Städte- und des Gemeindebundes.

Weitere Informationen
Mag. Christine Ehrenhuber
tatwort Nachhaltige Projekte GmbH
01 – 409 55 81 – 223
christine.ehrenhuber@tatwort.at
sowie unter **bmlfuw.gv.at**

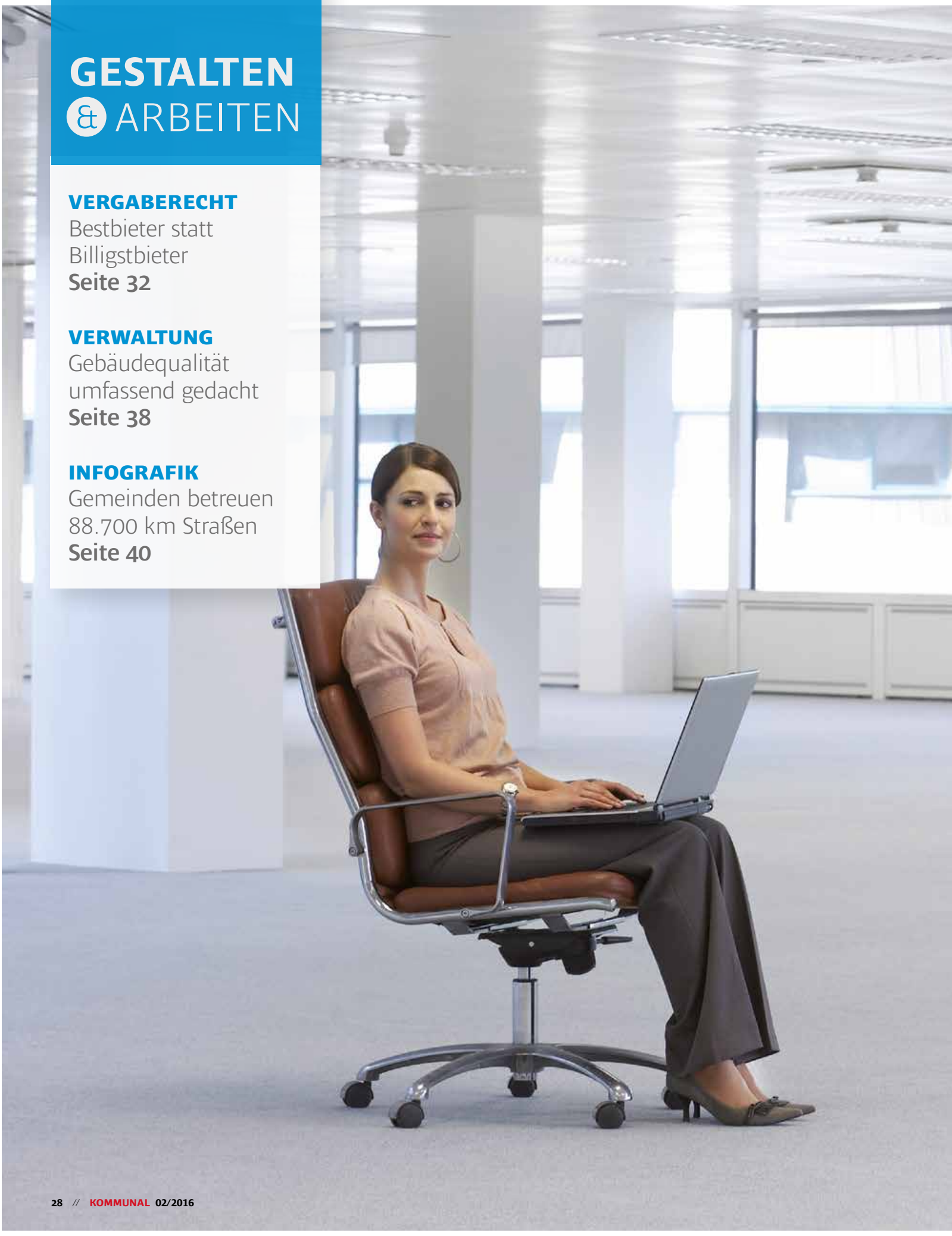
ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

VERGABERECHT
Bestbieter statt Billigstbieter
Seite 32

VERWALTUNG
Gebäudequalität umfassend gedacht
Seite 38

INFOGRAFIK
Gemeinden betreuen 88.700 km Straßen
Seite 40



ES DREHT SICH ALLES IMMER NUR **UM DIE MENSCHEN**

Arbeitszeiten und -orte werden immer flexibler. Mit der steigenden Internationalisierung steigt nicht nur die Reisetätigkeit der Mitarbeiter, der Arbeitsplatz an sich und die Begleitumstände des Jobs werden immer wichtiger. Diese Umbrüche schreien nach neuen Strategien zur Arbeitsplatzgestaltung.

TEXT / Hans Braun

Eine optimale Arbeitsplatzinfrastruktur ist nicht nur notwendig, sie bietet auch ungemeine Potenziale: Sie wirkt sich positiv auf die Mitarbeiterzufriedenheit aus, die Mitarbeiterproduktivität steigt und Krankenstandstage sinken. Somit hat sie auch großen Einfluss auf die Attraktivität eines Arbeitsplatzes.

Internationale Arbeitsplatzstrategien: New ways of working in Europa und den USA. Die besten Köpfe der Branche zu rekrutieren und zu binden ist ein weiterer Schlüsselfaktor für den Erfolg eines Unternehmens und die Arbeitsplatzgestaltung ist von enormer Bedeutung dafür. Kein Wunder also, dass internationale Konzerne auf New Ways of Working setzen. Franz Hiesinger, CFO Mondi: „Unsere neue Arbeitsplatzgestaltung inspiriert, sie unterstützt unsere Mitarbeiter und ermöglicht es ihnen produktiv zu sein. Dies hilft dem Kerngeschäft am meisten.“ Tammy Robinson, Leiterin Human Ressources (entspricht einer Personalchefin) bei ASICS, zeigt, welche Maßnahmen sie einsetzen, um in ihren Niederlassungen eine positive und

FOTO/ bikeriderlondon - shutterstock.com,

FOTO/ R. Kneschke - shutterstock.com,

angenehme Arbeitsatmosphäre zu schaffen – ASICS geht einen Schritt weiter. Neben neuen Räumlichkeiten, die von den Mitarbeitern mitgestaltet wurden, stellt ASICS als Sportartikelunternehmen seinen Mitarbeitern auch umfangreiche Sportmöglichkeiten zur Verfügung und stellt Topathleten, aber auch Schulklassen und den Mitarbeitern ein Sportlaboratorium direkt in der Bürolandschaft zur Verfügung. So schafft ASICS die Verbindung zwischen seinen Athleten, seinen Produkten, Kunden und Mitarbeitern.

Corporate Social Responsibility und Facility Management. In Europa ist es ab 2017 für Unternehmen mit mehr als 500 Vollzeitmitarbeitern und in bestimmten Branchen verpflichtend, einen CSR-Report im Rahmen des Jahresabschlusses zu publizieren. Dabei ist aber Nachhaltigkeit weit mehr als reine Energieeffizienz. Alexander Redlein (TU Wien) zeigte die vielen weiteren Facetten der Nachhaltigkeit auf. Neben CO_2-Reduktion ist es auch wichtig, Ressourcen zu optimieren, lokale Partner zu wählen und die Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei spielt sowohl die Umgebung für Kunden, als auch für Mitarbeiter und die Beziehung und Auswahl der Zulieferer eine große Rolle. Die eigenen Mitarbeiter sollen sich wohl fühlen, um beste Leistungen erbringen zu können. Zudem soll Work-Life-Balance unterstützt werden z. B. durch Kindergartenplätze am Bürostandort. Natürlich ist auch der Wohlfühlfaktor für den Kunden, sprich den Besucher, wichtig: In einer angenehmen Umgebung bleibt er, kauft er und kommt auch wieder.

Auch auf die Corporate Social Responsibility wirkt sich die Arbeitsplatzgestaltung positiv aus. Pat Turnbull (Board of Directors IFMA) aus den USA erläuterte die Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und dem Arbeitsplatzmanagement. „Der richtige Zeitpunkt, Corporate Social Responsibility anzuwenden, ist genau jetzt“, so Turnbull. Arbeitsplatzgestaltung kann die Mitarbeiter unterstützen, ihre Arbeit besser und effizienter durchzuführen. Sie steigert Motivation und Engagement und stellt den Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen. Zusätzlich benötigen neue Büroformen weniger Ressourcen. Alle großen Umzüge in Wien führten zu einer Flächenreduktion bei gleichzeitiger Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit. So kann Arbeitsplatzgestaltung auch die Säulen Ressourceneffizienz und Ökonomie unterstützen.

„Das Büro verkörpert das Unternehmen.“

Clive Woodge, britischer Universitätsprofessor und Gründer der „Strategic Consulting Group“

Smart Buildings: High Tech vs. High Touch. Gebäude werden immer mehr zu komplexen Maschinen, aus diesem Grund werden Fachkräfte für den Betrieb und die Wartung benötigt. Dadurch steigen natürlich auch die Betriebskosten. Da drängt sich die Frage auf, ob High Tech Gebäude wirklich so viel zum Wohlbefinden der Nutzer beitragen. Automation macht ein Gebäude zwar flexibler nutzbar, dennoch ist es ein Diskussionspunkt, ob nicht vielleicht „High Touch“ Gebäude mit einer klugen Architektur wesentlich benutzerfreundlicher und wirtschaftlicher wären. Bedeutung gewinnt die Diskussion auch vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Gespräche über eine neue Gesetzgebung im Bereich Immobilien. Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG), aber auch das Mietrechtsgesetz (MRG) werden gerade diskutiert. Eigentümer sollen zu noch mehr Qualität und Effizienz (z. B. beim Energieverbrauch) verpflichtet werden. Diese lassen sich zum Teil nur durch ein Mehr an Technik erreichen. Auch die periodische Erstellung von Gutachten z. B. im Bereich Elektrik soll einerseits für mehr Sicherheit der Nutzer sorgen, verunsichert aber die Eigentümer: Gilt der Bestandsschutz noch, oder wird hier stets die neueste Technik eingefordert? Gleichzeitig soll Wohnen leistbar sein und auch die Kosten für die Miete der Büroflächen sollen nicht steigen, um den Standort Österreich wettbewerbsfähig zu halten. Als Experte für Gebäudeautomation beleuchtete Dr. Wolfgang Kastner (Professor für Gebäudeautomation TU Wien) dieses Thema von wissenschaftlicher Seite. Viele technische Möglichkeiten werden derzeit

noch nicht genützt. So könnte der Einsatz von intelligenten Kontrollnetzwerken die Verwendung der Technik wesentlich nutzerfreundlicher machen. Kritischer sehen DI Gleissner (CEO BIG Bundesimmobiliengesellschaft, der größte Büroimmobilienbesitzer in Österreich) und Mag. Wahlmüller (CEO Österreichisches Siedlungswerk, einer der größten Entwickler im Bereich Wohnen) die immer höheren Anforderungen durch Gesetze und Normen. Gleissner meinte: „Es gibt immer mehr Normen und diese werden immer umfangreicher." Wahlmüller: „Und viele der Maßnahmen sowie Technologien rechnen sich nicht oder nur äußerst langfristig. Man muss dann kritisch analysieren, ob Mieter wirklich bereit sind, dafür zu zahlen. Neben erhöhten Errichtungskosten steigen vor allem die Betriebskosten."

Human Facility Management. Am zweiten Tag des Kongresses wurde nochmal das Thema Mensch und Arbeitsplatz ins Zentrum gerückt. Nancy Sanquist (IFMA Foundation USA) und Clive Woodge (SCG UK) nahmen im Rahmen einer Podiumsdiskussion dazu Stellung. Dabei stellten sie das Corporate Design und dessen Widerspiegelung am Arbeitsplatz in den Vordergrund. Laut Clive verkörpert das Büro das Unternehmen, und dessen Gestaltung spielt eine große Rolle für die Mitarbeiterbindung. Er demonstrierte dies anhand von erfolgreichen Beispielen der HSBC Group und Mindshare.

Science meets practice. Der weitere Teil des Kongresses wurde ganz der Wissenschaft gewidmet und punktete mit vielfältigen Vorträgen. Der erste Beitrag beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen Corporate Social Responsibility (CSR) und Facility Management-Aktivitäten. Aufgrund diverser Richtlinien und gesellschaftlicher Ansprüche ist es für Unternehmen unumgänglich, CSR in die Unternehmensstrategie aufzunehmen. Facility Management stellt eine gute Möglichkeit dar, CSR-Ziele zu definieren und umzusetzen. Eine Studie der TU Wien zeigt praktische Ansätze im Bereich Energie, aber auch Flächenmanagement auf. Einsparungen lassen sich dort durch FM direkt umsetzen und die Zufriedenheit wesentlich steigern.

„Arbeitsplatz ist dort, wo immer auch Menschen arbeiten."

Nancy Sanquist, International Facility Management Association, USA"

LINK ZUM THEMA

http://institute.tuwien.ac.at/ifm/8_ifm_kongress_2015/

Unter „Presse & Fotos" finden Sie weitere Informationen sowie eine Auswahl an Bildern.

Neben sozialer Verantwortung müssen sich Unternehmen heutzutage auch vielen weiteren Fragestellungen widmen. Eine davon ist die optimale Organisation, um die verschiedenen Teilbereiche des Facility Managements bestmöglich managen zu können. Im zweiten Beitrag wurden dazu nicht nur die möglichen Ansätze verglichen, sondern auch die jeweiligen Vor- und Nachteile präsentiert. Auch diese Studie aus UK zeigt, dass FM Teil des Management Teams auf der Auftraggeberseite sein muss, um gute Ergebnisse und eine Abstimmung mit dem Kerngeschäft sicherzustellen.

Danach zeigten Wissenschafter aus den USA, wie Facility Management zur Kundenbindung beitragen kann. Die Beziehung eines Kunden zur Gebäudeinfrastruktur und Services beeinflusst wesentlich sein Kaufverhalten.

Anschließend wurde der Schwerpunkt wieder auf die Arbeitsplatzgestaltung gelegt. Für die optimale Arbeitsplatzinfrastruktur ist es essentiell, die Bedürfnisse der Mitarbeiter zu erforschen. Viele Medienberichte weisen darauf hin, dass sich diese Bedürfnisse von Generation zu Generation unterscheiden. Dieser Generationsunterschied konnte aber von einer Studie aus den Niederlanden widerlegt werden. Auch in Krankenhäusern spielt die Umgebung für die Genesung von Patienten eine große Rolle. Dies war bereits ein wichtiges Thema in der Antike. Ein niederländischer Forscher leitete Fragestellungen und Empfehlungen für das moderne Gesundheitssystem aus historischen Beispielen ab.

Der 8. IFM Kongress war ein gelungener Brückenschlag zwischen Forschung und Praxis, bei welchem die neuesten Erkenntnisse und Trends von internationalen Experten zu topaktuellen Themen wie geplante Änderungen im Mietrechtsgesetz, neue Arbeitsweisen und -welten sowie Nachhaltigkeit präsentiert und diskutiert wurden.

ENTSORGUNGSWIRTSCHAFT

BESTBIETER VOR **BILLIGSTBIETER**

Der Gemeindebund und der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe präsentierten eine Musterausschreibung für Bestbietervergaben.

Wie Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und VÖEB-Präsident Hans Roth betonten, sollen mit dem Leitfaden künftig auch Aspekte der Nachhaltigkeit verstärkt berücksichtigt werden.

Durch die Novelle des Bundesvergabegesetzes ist eine Ausschreibung nach Bestbieterkriterien verpflichtend. In der Entsorgungswirtschaft gab es bis dato keine entsprechenden Hilfestellungen, wie Ausschreibungen nach Bestbieterkriterien künftig erfolgen können. Der Österreichische Gemeindebund hat daher gemeinsam mit dem VÖEB – Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe einen Leitfaden für öffentliche Auftraggeber erstellt, um im Rahmen von Bestbieterausschreibungen objektiv nachvollziehbare Kriterien zu definieren.

Musterausschreibung vorgestellt. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und VÖEB-Präsident Hans Roth präsentierten Kriterien und eine Musterausschreibung für Bestbietervergaben in der Entsorgungswirtschaft. Mödlhammer: „Es ist für die Gemeinden wichtig, dass die Ausschreibungen transparent und auf Basis nachvollziehbarer Kriterien erfolgen können. Der Leitfaden ist eine notwendige Unterstützung, weil Vergabeverfahren immer komplexer werden; nicht jede Gemeinde hat hier ausgewiesene Experten zur Hand, die das bewältigen können."

Qualitative Kriterien fördern gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Neben dem Preis sollen künftige qualitative Kriterien bei Auftragsvergaben an Bedeutung gewinnen. Nach dem Prinzip „Bestbieter vor Billigstbieter" wird empfohlen, den Preis mit maximal 70 Prozent zu gewichten. Neben wirtschaftlichen Kriterien und einem Leistungskonzept soll künftig auch die technische Ausstattung des Bieters in die Bewertung miteinbezogen werden. Wichtige Bedeutung kommt im Zuge dessen nachhaltigen Konzepten und Technologie, die Recycling und Wiederverwertung fördert, sowie ökologischen und sozialen Standards zu. Dadurch soll ein wichtiger Beitrag im Sinne einer ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvollen Auftragsvergabe bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungswirtschaft geleistet werden. Insbesondere steigt damit die Bedeutung, sich bei der Entsorgung verstärkt gemäß der EU-Abfallhierarchie zu orientieren und Re-Use (Wiederverwertung) zu fördern.

Musterausschreibung soll laufend angepasst und erweitert werden. Einen bedeutenden Beitrag leistet die Novelle auch in Hinblick auf technologische und wirtschaftliche Komponenten: So soll durch die Einbeziehung von technologischen Faktoren in die Bewertung vor allem auch der Ausbau bestehender Anlagen, gemeinsame Investitionen mit Gemeinden und Verbänden sowie der Bau und Betrieb von Anlagen gefördert werden. Dies wiederum stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich und den Stellenwert der österreichischen Entsorgungswirtschaft im europäischen Kontext. Mag. Roland Richter, Vorsitzender des Arbeitskreises Musterausschreibung und Vorstand im VÖEB: „Die heute präsentierte Musterausschreibung berücksichtigt bereits vielfältige Qualitätskriterien, vor allem ist sie aber auch ein Leitfaden, der laufend im Sinne der Erfahrungen aus der Praxis angepasst und erweitert werden soll, um so beste Ergebnisse im Sinne der Auftraggeber und Auftragnehmer erzielen zu können."

LINK ZUM THEMA

http://kommunal.at/artikel/kleine-novelle-grosse-wirkung/

LINK ZUM THEMA

http://kommunal.at/artikel/das-bestbieterprinzip-haelt-einzug/

FOTO: Ludwig Schedl/APA Fotoservice

NEUERUNGEN IM FINANZSTRAFRECHT

KONTROLLE UND BERATUNG GEWINNEN AN BEDEUTUNG

Der Betrugsbekämpfung kommt im Rahmen der Steuerreform ab 1. Jänner 2016 eine wesentliche Bedeutung zu, nicht zuletzt als Mittel zur Gegenfinanzierung.

Neben der Einführung der Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht sowie des Barlohnzahlungsverbots in der Bauwirtschaft kam es daher zu einer Anpassung des Finanzstrafgesetzes.

Neue Tatbestände im Finanzstrafgesetz. Um die Einhaltung der neu eingeführten Regelungen zu gewährleisten, wurden neue Straftatbestände definiert. So begeht man ab Jänner 2016 eine Finanzordnungswidrigkeit, wenn vorsätzlich die Pflicht zur Einrichtung einer Registrierkasse verletzt, für Barumsätze keine Belege erteilt werden oder gegen das abgabenrechtliche Verbot zur Leistung oder Entgegennahme von Barlohnzahlungen in der Bauwirtschaft verstoßen wird. Diese Änderungen können auch Auswirkungen auf steuerpflichtige Betriebe der Gemeinden haben. Diese sind von der Registrierkassenpflicht betroffen, wenn sie einen Jahresumsatz von zumindest 15.000 Euro und davon Barumsätze von mehr als 7500 Euro erwirtschaften.

Strafbarkeit erst bei grober Fahrlässigkeit. Der Gesetzgeber hat aber auch positive Signale für die Wirtschaft gesetzt: Als Zeichen der Entkriminalisierung wurde der Anwendungsbereich des Finanzstrafrechts eingegrenzt. Bislang wurde bereits leicht fahrlässiges Verhalten sanktioniert, nun sind die meisten Finanzvergehen erst ab grob fahrlässiger Begehung strafbar. Zudem wurde gesetzlich definiert, wann „grobe Fahrlässigkeit" vorliegt: „Grob fahrlässig handelt, wer ungewöhnlich und auffallend sorgfaltswidrig handelt, sodass der Eintritt eines dem gesetzlichen Tatbild entsprechenden Sachverhaltes als geradezu wahrscheinlich vorhersehbar war." So wird grobe Fahrlässigkeit vor allem dann anzunehmen sein, wenn es unterlassen wird, interne Kontrollsysteme einzuführen oder bei erkennbar komplexen Rechtsproblemen professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen.

Irrtum schützt vor Strafe nicht. Die Entschärfung im Bereich der Strafbarkeit im Finanzstrafrecht ist grundsätzlich zu begrüßen. Vorsicht ist jedoch geboten, wenn der Abgabepflichtige sich auf einen Irrtum berufen möchte. Künftig soll jeder unentschuldbare Irrtum zu grober Fahrlässigkeit und somit zur Strafbarkeit führen. Ausgenommen davon ist nur der entschuldbare Irrtum. Für die Praxis bedeutet dies: Nicht nur Wirtschaftstreibenden generell, sondern gerade auch Gemeinden ist zu raten, interner Kontrolle einen wichtigen Stellenwert beizumessen und sich im Zweifelsfall durch die Beratung von Experten abzusichern, um Irrtümer auszuschließen.

Nicht nur Wirtschaftstreibenden generell, sondern gerade auch Gemeinden ist zu raten, interner Kontrolle einen wichtigen Stellenwert beizumessen und sich im Zweifelsfall durch die Beratung von Experten abzusichern, um Irrtümer auszuschließen.

AUTOR
MMAG. ALEXANDER LANG, PARTNER IN DER STEUERBERATUNG BEI DELOITTE ÖSTERREICH
alang@deloitte.at

FOTO/ Pressmaster - shutterstock.com,

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

MASCHINENRING SORGT FÜR BRUCHSICHERE BÄUME

GESUNDES & GEPFLEGTES GRÜN

Bereits 80 Prozent aller österreichischen Gemeinden lagern Arbeiten an den regionalen Maschinenring aus.

Blühende Beete, gepflegte Rasenflächen und gesunde Bäume tragen wesentlich zum Erscheinungsbild und zur Lebensqualität einer Gemeinde bei. Doch mit immer häufiger werdenden Unwettern und starken Stürmen stellen Bäume eine besondere Gefahrenquelle dar. Die Gemeinde als Besitzer haftet gemäß § 1319 ABGB für Unfälle und Schäden, die umgestürzte Bäume verursachen, und steht daher unter Zugzwang, was die Baumsicherheit betrifft.

Auf der sicheren Seite: Maschinenring übernimmt Haftung. Eine regelmäßige Pflege und Kontrolle des Baumbestandes ist das Um und Auf, um Unfälle zu verhindern und rechtliche Folgen sowie Schadenersatzansprüche für Gemeinden zu minimieren. Für diese Arbeiten holen sich immer mehr Gemeinden echte Profis an die Seite, die sich für die Sicherheit des von ihnen gepflegten Baumbestandes verbürgen. Die qualifizierten Baumkontrolleure des Maschinenrings sorgen mit ihrer Arbeit für die Gesundheit und nachhaltige Verkehrssicherheit der Baumbestände. Kontinuierlich werden professionelle Pflege- und Schnittarbeiten durchgeführt, die Bäume kontrolliert und je nach Auftrag ein Baumkataster sowie Baumgutachten erstellt. Der Maschinenring übernimmt das Haftungsrisiko für die von ihm kontrollierten und nach seinen Empfehlungen gepflegten Bäume – ein entscheidender Vorteil, insbesondere für Gemeinden.

In der Steiermark vertraut unter anderen die Stadtgemeinde Graz auf die Profis vom Land. Bis Oktober 2016 begutachten zertifizierte Maschinenring-Baumkontrolleure 13.600 Bäume im Grazer Stadtgebiet und dokumentieren die erforderlichen Pflege- und Schnittmaßnahmen.

Auch die Gemeinde Mauterndorf im Salzburger Lungau setzt auf die Kompetenzen des Maschinenrings: 2015 kontrollierten Maschinenring-Baumpfleger rund 70 Bäume und machten sie durch fachgerechten Rückschnitt und Entfernung des Totholzes wieder verkehrssicher. Weitere 70 Bäume folgen heuer. Josef Wirnsperger, Bauamtsleiter der Gemeinde, ist von der Professionalität des Maschinenrings überzeugt: „Wir sind mit der Ausführung der gesamten Arbeiten sehr zufrieden." Auch in der Grünraumpflege sind in Mauterndorf Maschinenring-Spezialisten im Einsatz. „Wir beschäftigen im Bauhof nur drei Mitarbeiter, die sich im Sommer beispielsweise auch um das Schwimmbad kümmern müssen. Für viele Arbeiten fehlt da oft die Zeit, und wir nutzen daher die Unterstützung durch den Maschinenring", so Wirnsperger.

Die Maschinenring-Experten erledigen im Auftrag von Kommunen nicht nur Schneeräumung und Co., sondern kümmern sich auch um Grünräume und Bäume – zur Sicherheit und zum Wohl von Gemeindebürgern und -besuchern.

MASCHINENRING: STARK IN DER REGION

Mit 86 Geschäftsstellen österreichweit ist der Maschinenring in allen Regionen verwurzelt und bietet seinen Mitarbeitern sichere Arbeitsplätze in der Nähe ihres Wohnorts. Für viele Landwirte ist die Arbeit über den Maschinenring eine wertvolle Zuverdienstmöglichkeit, damit bleibt die Wertschöpfung in der Region. Das wissen auch Gemeinden zu schätzen und setzen verstärkt auf die fachliche Kompetenz sowie die Ortskenntnis, die Maschinenring-Mitarbeiter mitbringen.

www.maschinenring.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Mein allerschönster Traum – für immer.

Ein schöner Garten macht glücklich.
Flächen aus Beton erfreuen dabei durch ihre Vielfalt an Formen, Farben und Strukturen und vor allem durch ihre unschlagbare Lebensdauer.
So einfach kann man sich die ganz persönliche Erholungsoase schaffen. Und abschalten vom Alltag.

www.betonmarketing.at

beton®
Werte für Generationen

PIPELIFE AUSTRIA – VERLÄSSLICHER PARTNER DER GEMEINDEN

SYSTEMLÖSUNGEN AUS KUNSTSTOFFROHREN

DER zentrale Faktor der Unternehmensstrategie von Pipelife Austria ist hohe Qualität: bei den Produkten und bei den Prozessen.

Mit dem zertifizierten, integrierten Managementsystem nach ISO 9001, Umweltmanagement ISO 14001 und Arbeitssicherheit OHSAS 18001 sorgen wir für höchstes Qualitätsniveau am österreichischen Markt" erklärte Mag. Franz Grabner, der seit einigen Monaten Geschäftsführer des größten heimischen Kunststoffrohrherstellers ist. Im nö. Wr. Neudorf befinden sich die Zentrale und die Produktion, in Krems das Logistikzentrum. Mit langjährigen Vertriebspartnern im Baustoff- und Elektrogroßhandel sowie 20 eigenen Verkaufsniederlassungen in acht Bundesländern schafft das Unternehmen optimale Logistik und Nähe zum Kunden.

Pipelife Austria ist Österreichs führender Produzent von Kunststoffrohren. Wie wollen Sie sich zukünftig am Markt positionieren?

Unsere Kunden schätzen uns als kompetenten Anbieter von qualitativ hochwertigen Systemlösungen und für die effektive Kombination Sortiment – Know-how – Logistik gemeinsam mit einer starken Vertriebsorganisation. Das ist auch weiterhin unsere Strategie.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden Produkte für den Siedlungswasserbau. Wohin geht hier der Trend?

Der Trend im Siedlungswasserbau geht eindeutig vom Neubau zur Sanierung sowie zu nichtkonventionellen Verlegetechniken, z. B. Berstlining, Spühlbohren, Pflügen. Pipelife bietet dafür Rohrsysteme auf dem Letztstand der Technik, die Sicherheit und eine lange Nutzungsdauer bieten.

Welche Produkte und Lösungen werden derzeit am stärksten nachgefragt?

Im Kanalbau gilt unser PP MASTER Mehrschicht-Vollwandrohr dank seiner hervorragenden Eigenschaften durch die moderne 3-Schicht-Technologie als Qualitätsprodukt schlechthin.

Im Wasserbereich sind Rohre aus dem neuen Werkstoff PE 100 RC stark nachgefragt. Weiters werden auch in diesem Bereich die Mehrschichttechnologie forciert und Rohre mit Schutzmantel eingesetzt. RC bedeutet „Raised Crack Resistance" und steht für erhöhte Beständigkeit gegenüber langsamem Risswachstum. Diese Rohre bilden damit die Voraussetzung für innovative Verlegetechniken wie sandbettfreie Verlegung, Spülbohren oder Berstlining, wobei für die zwei letztgenannten Verfahren Schutzmantelrohre einzusetzen sind. Wir haben dafür unsere eigene Produktlinie AQUALINE. Darüber hinaus bietet der Einsatz von PE 100 RC-Rohren bei herkömmlicher Verlegung mit Sandbett eine Sicherheitsreserve und eine erhöhte Nutzungsdauer.

In St. Gilgen/Wolfgangsee kam bei der Sanierung einer bestehenden Trinkwasserleitung die grabenlose Verlegetechnik Berstling zur Anwendung. Dabei wurde auf über 100 m eine alte Gussleitung DN 50 durch ein AQUALINE RC ROBUST[1] Trinkwasserrohr DN/OD 90 PN16 ersetzt.

[1] Trinkwasserrohr von Pipelife aus PE 100-RC mit einem Schutzmantel aus PP, der zusätzlich extremen Schutz gegen mechanische Oberflächenbeschädigungen bietet.

Welche Innovationen sind in der nächsten Zeit geplant?

Wir bauen unser Mehrschichtrohrsortiment aus, um erste Ansprechstelle für Produkte im Bereich der Sanierung Wasser, Kanal, Gas zu sein.

Mit unserem neuen Onlineproduktkatalog nehmen wir im Tiefbau eine Vorreiterrolle ein. Auf shop.pipelife.at finden Kommunen, Planer, Gewerbekunden, Großhändler

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ab sofort ausführliche technische Information über 7300 Produkte aus dem Pipelife-Sortiment – Produktbilder, ausführliche Beschreibungen, eine Auflistung der technischen Eigenschaften, die Darstellung von Zubehör oder Produktalternativen und die Möglichkeit, von dem gesuchten Produkt ein Datenblatt zu speichern bzw. zu drucken. Interessant sind auch die weiterführenden Links zu Verlegehinweisen, Technischen Handbüchern und Ausschreibungstexten.

Was empfehlen Sie den Gemeinden, um nachhaltige Investitionen sicherzustellen?

Durch die Gestaltung der Ausschreibung bestimmt der Auftraggeber die Qualität und somit die Nachhaltigkeit der Investition. Fordern Sie die freiwilligen Qualitätsmarken und Gütezeichen ÖVGW und GRIS für Ihre Produkte. Alle Pipelife-Produkte für den Siedlungswasserbau entsprechen diesen hohen Anforderungen.

Nur die Kombination aus hochqualitativen Produkten, guter Planung und fachgerechter Verlegung ergibt ein langlebiges Gesamtbauwerk. Mit diesem Paket erhalten die Gemeinden die Garantie, dass ein Investment maximalen Nutzen bringt und der Bevölkerung eine langlebige Infrastruktur zur Verfügung steht.

MAG. FRANZ GRABNER, SEIT JULI 2015 GESCHÄFTSFÜHRER VON PIPELIFE AUSTRIA

Franz Grabner (54) absolvierte an der WU Wien ein Betriebswirtschaftsstudium. Bei Pipelife Austria (damals Salen) ist er seit 1987 tätig: anfangs als Marketingassistent, dann als Leiter „Vertriebsinnendienst und Produktmanagement“, anschließend als Leiter „Verkauf Elektro“ und zuletzt als Bereichsleiter „Vertrieb & Marketing“. Diese Funktion übt er als Geschäftsführer von Pipelife Austria in Personalunion aus. Grabner ist Mitglied in Gremien, wie im Vorstand der ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach), ist Vorsitzender der FIWA (Firmen im Wasserfach) sowie im Vorstand des GRIS (Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau). Franz Grabner ist verheiratet und hat drei Söhne. Zu seinen Hobbys zählen Naturverbundenheit, Jagd und Motorbootsport.

www.pipelife.at

PIPES FOR LIFE

STARKE LEBENSADERN FÜR UNSER LAND

PIPELIFE-ROHRSYSTEME.
DIE UNSICHTBAREN VERSORGUNGSNETZWERKE.

Jeder braucht sie. Jeder nutzt sie. Keiner sieht sie. Die unsichtbaren Rohrsysteme für eine sichere Versorgung mit Wasser und Energie und für eine saubere Umwelt.
Und Pipelife produziert sie.
Spitzenprodukte, die höchste Qualitätsnormen erfüllen. Technisch ausgereifte Rohrsysteme, die gemeinsam mit der Pipelife-Beratungskompetenz zu dem werden, was unser Land braucht: Starke Lebensadern, die den lebenswichtigen Kreislauf von Ver- und Entsorgung sicherstellen. Rund um die Uhr und an jedem Ort.
Gut, dass es Pipelife gibt.

Pipelife Austria GmbH & Co KG · 2355 Wr. Neudorf · Postfach 54 · IZ NÖ-Süd · Straße 1 · Objekt 27
Tel. 02236/67 02-0 · Fax DW -670 · office@pipelife.at · www.pipelife.at

PIPELIFE
EIN ROHR BEUGT VOR

GEBÄUDEVERWALTUNG

GEBÄUDEQUALITÄT UMFASSEND GEDACHT

Nachhaltiger Klimaschutz verlangt auch im Gebäudebereich einen geringeren Energieverbrauch, bessere Energieeffizienz, gewissenhafte Ressourcenschonung und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger.

Der Gebäudesektor ist in Österreich noch immer für einen großen Teil der CO2-Emissionen verantwortlich, das Klimaschutz- und Energieeffizienzpotenzial in diesem Bereich enorm groß. Qualitätssichernde Maßnahmen von der Planung über die Ausführung bis hin zum regelmäßigen Monitoring sind die Basis dafür, Energie zu sparen und die Betriebskosten von Gebäuden zu optimieren.

Die Voraussetzung dafür ist, dass Gebäude sowohl nachhaltig geplant, errichtet und betrieben werden – ganz im Sinne einer Lebenszyklusop-

Der klimaaktiv Gebäudestandard bietet ein kostenfrei zugängliches Planungs- und Gebäudebewertungssystem für energieeffizientes und ökologisches Bauen und Sanieren.

BAUHERRENHAFTUNGSRISIKO

Hohe Relevanz in jeder Gemeinde

In Gemeinde-Haftpflichtversicherungen ist das Bauherrenhaftungsrisiko über eine Grunddeckung meistens nur für ein der Höhe nach begrenztes Bauvolumen mitversichert. Übersteigen die Baukosten diese Grenze, so besteht kein Versicherungsschutz. Tiefbauvorhaben (z. B. Kanal- und Straßenbau) sind oftmals vom Versicherungsschutz ausgeschlossen. Eine weitere Deckungslücke: In den Bauherrenhaftpflichtklauseln sind Schäden an Bauwerken nur dann gedeckt, wenn das statische Gefüge des Bauwerkes beeinträchtigt und die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Für Bauvorhaben ist der Abschluss einer eigenen Projektversicherung empfehlenswert.

Mag. Mario Gnesda LL.M., Prokurist

KONTAKT
VERO
Versicherungsmakler GmbH
Tel. +43 7472 65 024 4141
mario.gnesda@vero.at
www.vero.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

timierung und einer umfassenden und hochwertigen Qualitätssicherung. Das betrifft alle Bereiche eines Gebäudes: angefangen von einer energieeffizienten Gebäudehülle, die die Basis für einen geringen Energieverbrauch im Betrieb ist, über die Auswahl des richtigen Heizungssystems, energieeffiziente Beleuchtung und Geräte, Beschattung und Kühlung bis hin zum Monitoring und nachhaltigen Facility-Management des Gebäudes im Betrieb.

klimaaktiv-Bausteine der Qualitätssicherung. Das Programm klimaaktiv Bauen und Sanieren des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) bietet neben dem Gebäudestandard auch Leitlinien, Checklisten und Tools an, die beim energieeffizientem Bauen & Sanieren und beim klimafreundlichen Betrieb von Gebäuden unterstützen.

- Der klimaaktiv-Gebäudestandard bietet ein österreichweit unabhängiges, transparentes und für alle potenziellen AnwenderInnen kostenfrei zugängliches Planungs- und Gebäudebewertungssystem für energieeffizientes und ökologisches Bauen und Sanieren. Wer nach diesen Qualitätskriterien plant und baut, erfüllt schon heute jene Anforderungen, die 2020 und darüber hinaus relevant sein werden.
- Mit den „Leitlinien für nachhaltiges Facility-Management in der Betriebs- und Nutzungsphase“ wurde von klimaaktiv gemeinsam mit der Facility Management Austria ein Instrument zur Reduktion des Ressourceneinsatzes und somit des CO_2-Ausstoßes in der Betriebs- und Nutzungsphasen von Gebäuden geschaffen. In diesen Leitlinien geht es zentral darum, den Ressourceneinsatz von der ersten Beschaffung über den Betrieb bis hin zur Entsorgung zu optimieren. Diese Leitlinien beinhalten hilfreiche Anleitungen und Checklisten für Besteller von FM-Dienstleistungen sowie für FM-Anbieter.

INFOBOX:

- Alle Informationen zum Thema Bauen & Sanieren nach klimaaktiv-Standard finden Sie auf **www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren**
- Die Leitlinien für nachhaltiges Facility-Management können unentgeltlich heruntergeladen und verwendet werden: **www.klimaaktiv.at/publikationen/bauen-sanieren**
- Die umfassende Beispielsammlung von klimaaktiv-Gebäuden gibt es in der Gebäudedatenbank **www.klimaaktiv-gebaut.at**

FOTO / Shutterstock/ Minerva Studio

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BETON IM BILDUNGSZENTRUM SIMMERING

PLATZ FÜR BILDUNG HOCH DREI

Vorplatz, neues Bildungszentrum und Reste des alten Simmeringer Marktes ergeben ein harmonisches Gesamtbild.

FOTO / Semmelrock

Gleich drei Bildungseinrichtungen vereinen sich im 2011 eröffneten Bildungszentrum Simmering unter einem Dach: Volksschule, Musikschule und eine Zweigstelle der Büchereien Wien sind in dem runden Gebäude nebeneinander angeordnet. Bei der Gestaltung standen die Besucher ganz im Zentrum des Interesses. Deshalb wurde auch besonders großer Wert gelegt auf den Vorplatz, der zum Bildungszentrum führt. Denn bei Büchereien und Volkshochschulen herrscht zuweilen eine gewisse Schwellenangst – die sollte schon rein optisch genommen werden.

Um den Übergang von außen nach innen so fließend wie möglich zu gestalten, wurde für die Flächengestaltung eigens ein Betonstein mit einem neuen Farbton entwickelt. Architekt Martin Kohlbauer ist begeistert: „Das sind“, sagt der Diplomingenieur, „die schönsten Betonsteine, die ich jemals verwendet habe.“

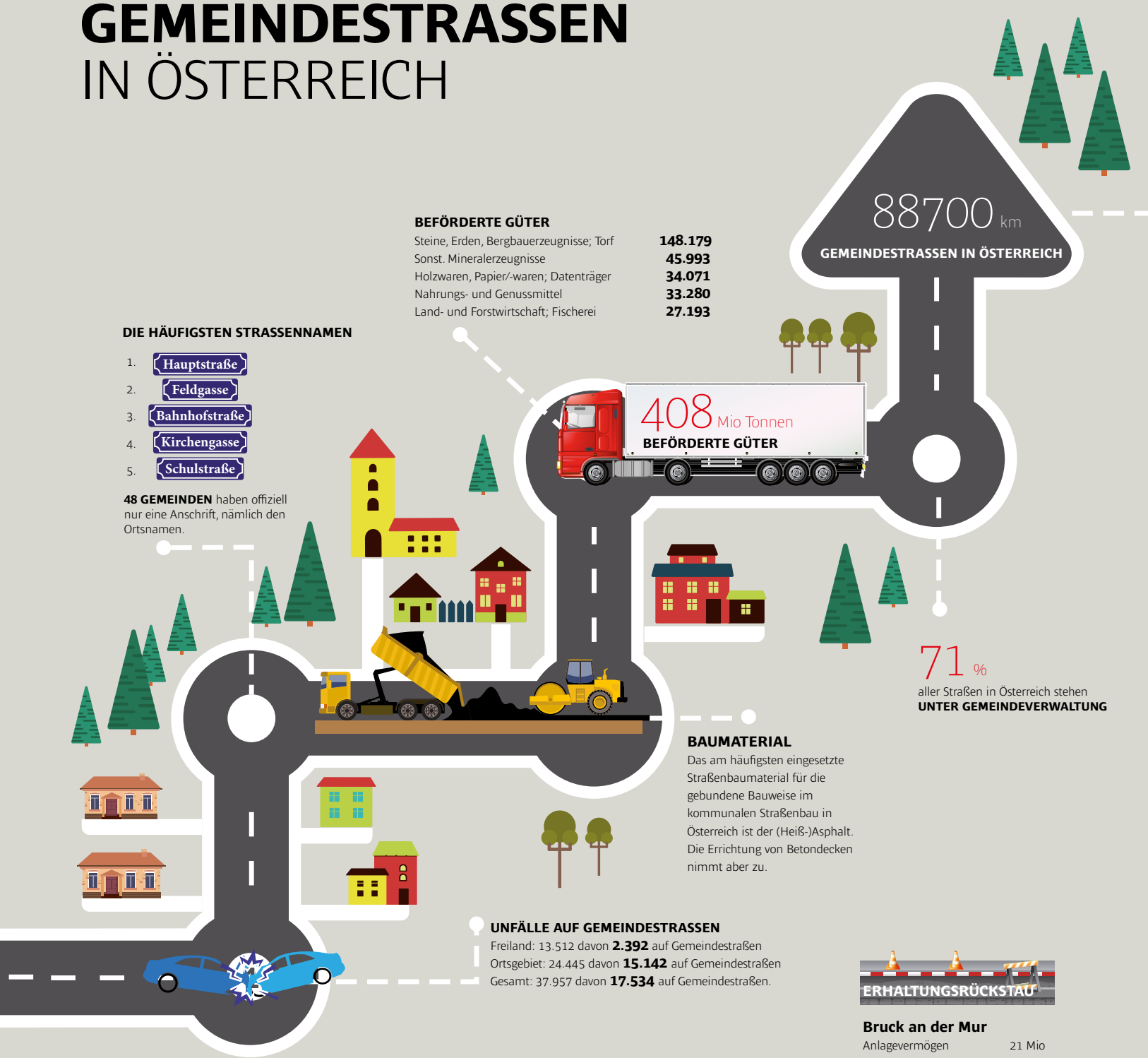
Für Flächen beweist sich Beton gerade im öffentlichen Raum als idealer Baustoff: Mit Beton lassen sich besonders gut individuelle Lösungen realisieren, denn er bietet fast unendlich viele Gestaltungsmöglichkeiten. Heute gelingt es mit modernsten Technologien, Oberflächenstrukturen so zu gestalten, dass sie sich harmonisch in jedes Stadtbild einfügen.

Die Wienerinnen und Wiener spüren die einladende Geste, die von dem attraktiven Zugang zu den Bildungsangeboten ausgeht. Sie kommen gerne in das neue Bildungszentrum im elften Bezirk – ob zum Klavierunterricht, in die Volksschule oder zum Mama/Papa/Baby-Yoga.

KONTAKT
Verein Betonmarketing Österreich
Gablenzgasse 3/5. OG
1150 Wien
www.betonmarketing.at

INFOGRAFIK

GEMEINDESTRASSEN IN ÖSTERREICH



BEFÖRDERTE GÜTER

Steine, Erden, Bergbauerzeugnisse; Torf	**148.179**
Sonst. Mineralerzeugnisse	**45.993**
Holzwaren, Papier/-waren; Datenträger	**34.071**
Nahrungs- und Genussmittel	**33.280**
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	**27.193**

DIE HÄUFIGSTEN STRASSENNAMEN

1. Hauptstraße
2. Feldgasse
3. Bahnhofstraße
4. Kirchengasse
5. Schulstraße

48 GEMEINDEN haben offiziell nur eine Anschrift, nämlich den Ortsnamen.

71 %
aller Straßen in Österreich stehen **UNTER GEMEINDEVERWALTUNG**

BAUMATERIAL
Das am häufigsten eingesetzte Straßenbaumaterial für die gebundene Bauweise im kommunalen Straßenbau in Österreich ist der (Heiß-)Asphalt. Die Errichtung von Betondecken nimmt aber zu.

UNFÄLLE AUF GEMEINDESTRASSEN
Freiland: 13.512 davon **2.392** auf Gemeindestraßen
Ortsgebiet: 24.445 davon **15.142** auf Gemeindestraßen
Gesamt: 37.957 davon **17.534** auf Gemeindestraßen.

ERHALTUNGSRÜCKSTAU

Bruck an der Mur

Anlagevermögen	21 Mio
Investitionen/Jahr soll:	4.000€/km
Investitionen/Jahr ist:	1.500€/km
Erhaltungsrückstand	10%

Graz

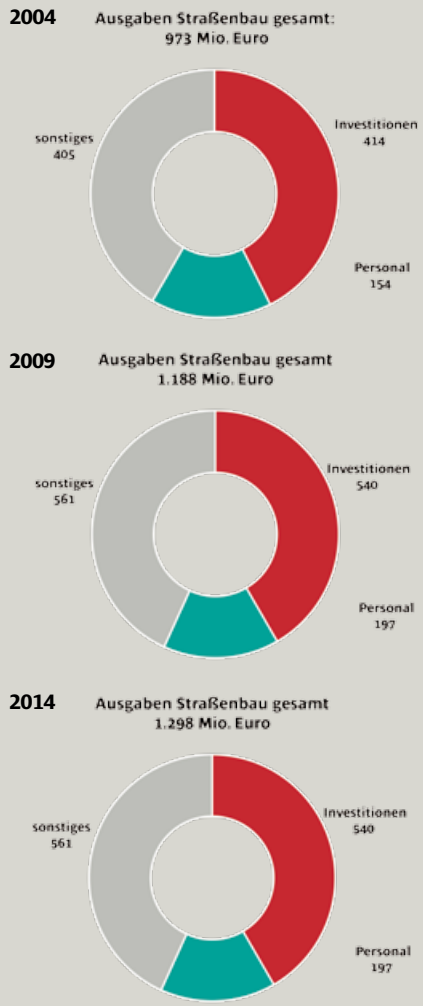
Anlagevermögen	413 Mio
Investitionen/Jahr soll:	6.000€/km
Investitionen/Jahr ist:	3.000€/km
Erhaltungsrückstand	9%

„Die **Versäumnisse in der Straßenerhaltung** sind realistischerweise kaum mehr aufholbar, weil bei den jährlichen Budgetzuteilungen der Straßenbau immer gegen Projekte aus dem Sozialbereich verliert.“

Kurt Rameis
Stadtbaudirektor von St.Pölten

Hintereinander gereiht würden die österreichischen Gemeindestraßen mehr als **ZWEIMAL UM DIE ERDE REICHEN.**

AUSGABEN DER GEMEINDEN FÜR STRASSENBAU



PITTERS®KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Infrastruktur – der entscheidende kommunale Unterbau

Diese Ausgabe des KOMMUNAL widmet sich in diesem Jahr dem veritablen Megathema Infrastruktur. Die weitläufige Übersetzung für Infrastruktur, die sich vom lateinischen „infra“ (unterhalb) und „structura“ (Zusammenfügung) ableitet, bedeutet im übertragenen Sinne „Unterbau“. Dieser Unterbau, sei es nun aus wirtschaftlicher, technischer oder organisatorischer Sicht, bildet die Voraussetzung für die Versorgung unserer Gesellschaft. Die Gemeinden üben eine besondere Rolle aus, wenn es darum geht, Infrastrukturmaßnahmen ökonomisch, ökologisch und zukunftsfähig zur Verfügung zu stellen. Das Ziel muss dabei lauten, das vorhandene Potenzial zu nutzen und Investitionen optimal in Wert zu setzen. Hierfür ist es sinnvoll, sich verschiedenster Best Practice-Beispiele aus anderen Regionen – auch aus anderen Ländern – zu bedienen. Daneben kommt der Zusammenarbeit der Kommunen größte Bedeutung zu, und es ergibt sich eine attraktive Plattform für öffentlich-private Partnerschaften. Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend zeigt dabei, dass eine große Anzahl der BürgermeisterInnen sich dieser Rolle bewusst ist und ihre eigentliche Kernaufgabe in der Bereitstellung von adäquater und moderner Infrastruktur sieht. Dies gilt für herkömmliche Bereiche etwa des Verkehrsnetzes und der Wasser- und Energieversorgung ebenso wie bei modernen Entwicklungen, etwa Breitbandausbau oder gemeinschaftlich errichteter Wirtschaftsparks. Diese sollen regionalen Unternehmen eine ideale Umgebung zur Ausübung ihrer Geschäftsvorhaben ermöglichen. Der Beginn eines jeden Jahres sollte daher im Zeichen der Aufbruchsstimmung stehen und in diesem Sinne ist es notwendig, dass die Entscheidungsträger aktiv mit der Bevölkerung kooperieren und optimale Lösungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur anbieten.

> „Funktionierende Infrastruktur ist **Kernaufgabe der Gemeinden.**“

office@pitters.at
www.pitters.at

Erstes **länderübergreifendes** Gewerbegebiet

Im Salzkammergut entsteht das österreichweit erste Gewerbegebiet, das in zwei Bundesländern in Betrieb geht. Nicht weniger als neun Gemeinden sind beteiligt. Salzburg und Oberösterreich müssen dafür ihre Gesetze für Gemeindeverbände anpassen. Neben den beiden Salzburger Wolfgangsee-Gemeinden St. Gilgen und Strobl sind auf oberösterreichischer Seite St. Wolfgang, Bad Ischl, Ebensee, Bad Goisern, Gosau, Obertraun und Hallstatt dabei. Alle zusammen bilden eine von der EU geförderte LEADER-Region.

Vom gemeinsamen Gewerbegebiet sollen alle beteiligten Gemeinden profitieren, sagt der Strobler Bürgermeister Josef Weikinger (ÖVP): „Wir treten nun nicht mehr als Konkurrenten auf bei der Ansiedlung von Betrieben. Durch das gemeinsame Projekt und den Ausgleich der Kommunalsteuer profitieren alle Gemeinden. Es macht Sinn, dass man auf diese Art zusammenarbeitet."

Aus Haftungsgründen planen die Beteiligten nun auch einen eigenen Gemeindeverband. Der soll noch heuer gegründet und ein erstes gemeinsames Budget beschlossen werden. Bereits im kommenden Jahr könnten Interessenten dann erste Gewerbeflächen in Salzburg und Oberösterreich angeboten werden, hofft Strobls Bürgermeister Weikinger.

IN ALLER KÜRZE

Eichhörnchen gefährlicher als Hacker

Anfang 2015 sorgte ein Eichhörnchen dafür, dass in einem College in New York die Lichter ausgingen. Eine Ausnahme? Nein! Eichhörnchen haben weltweit in den letzten Jahren für über 600 Stromausfälle gesorgt. Damit sind die possierlichen Nager eine bei weitem größere Gefahr für unsere Infrastruktur als beispielsweise Hacker.

ATTACKEN VON KLEINTIEREN AUF STROMLEITUNGEN WELTWEIT

Eichhörnchen	623
Vögel	214
Waschbären	52
Schlangen	47
Ratten	25
Biber	9

QUELLEN: statista.com; cybersqirrel1.com

Bestens ausge*STADT*et: **Spielgeräte und Spielanlagen**
Wir führen ein umfangreiches Angebot von HAGS und anderen Herstellern
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

FOTOS/BMLFUW Chr. Fuchs / MAN / View-Promotion / shutterstock/MRo; ileana_bt / Shutterstock.com

Rodelbahnen: Gemeinden trifft **Verkehrssicherungspflicht**

So eine Gemeinde öffentliche Flächen für den Rodelspaß freigibt, ist besondere Vorsicht angebracht. Die Gemeinde trifft in diesem Fall die sogenannte „Verkehrssicherungspflicht“. Diese bedeutet, dass jemand, der auf einem ihm gehörenden oder seiner Verfügung unterstehenden Grund und Boden einen Verkehr für Menschen eröffnet oder unterhält, für die Verkehrssicherung zu sorgen hat. Welche Sicherheitsvorkehrungen zu treffen sind, muss im Einzelfall geprüft werden. Klar ist aber, dass die Hinweise „Betreten/Rodeln auf eigene Gefahr“ oder „Eltern haften für ihre Kinder“ keine Haftungsfreizeichnung bedeuten, wenn Schadenersatzforderungen aufgrund eines Unfalls gestellt werden. Entscheidend ist, welche Maßnahmen unter den gegebenen Umständen möglich und zumutbar sind.

Wenn daher ein Gelände oder eine abgesperrte Straße für das Rodelvergnügen freigegeben wird, so wird es in jedem Fall notwendig sein, Gefährdungsbereiche (etwa an Kurven) abzusperren oder mittels Strohballen abzusichern. Neben regelmäßigen Kontrollen wird es auch erforderlich sein, gut ersichtliche Ver- und Gebotshinweise bereits bei der Talstation aufzustellen, wer zu welchen Zeiten und unter welchen Bedingungen die Rodelbahn nutzen darf.

Mehr Information auf **www.kommunal.at/artikel/haftung-bei-rodelbahnen/**

144.000

Kilometer an Gemeindestraßen, Feld- und Forstwegen und Radwegen. Das bedeutet, dass man nur auf österreichischen Gemeindestraßen dreieinhalb Mal um die Welt (genau 3,59 Mal bei einem Erdumfang von 40.075 km) oder 53mal rund um Österreich fahren könnte.

„Wir wollen uns breiter aufstellen. Auf dieser Achse können wir mit unserer Erfahrung vor allem auch im **Nachhaltigkeitsbereich** voll punkten.“

Christian Struber,
Geschäftsführer der Salzburg Wohnbau, zu den Expansionsschritten nach Tirol und nach Bayern

INTEGRATION
„Unsere Leute gehen auf die Flüchtlinge zu“
ab Seite 46

NIEDERÖSTERREICH
2 Neujahrsempfänge und ein neuer Name
ab Seite 48

Sie ist Krimiautorin und seit vergangenem Jahr Bürgermeisterin im Salzburger Lend. Michaela Höfelsauer erzählt, wie es dazu kam.

NAME:	**MICHAELA HÖFELSAUER**
ALTER:	**49**
GEMEINDE:	**LEND**
EINWOHNERZAHL:	**1332** (1. Jänner 2015)
BÜRGERMEISTERIN SEIT:	**12. November 2015**
PARTEI:	**SPÖ**

NAHAUFNAHME: MICHAELA HÖFELSAUER

„FÜRST AM LAND“ PASSIERT UNWEIGERLICH

Sie schreiben Krimis. Wie kam es dazu?
Als ich damit begonnen habe, war ich Vizebürgermeisterin und gleichzeitig Leiterin des Seniorenheims. Das waren zwei herausfordernde Tätigkeiten und ich stand sehr unter Druck. Ich habe dann begonnen, niederzuschreiben, was mich bewegt – also die Tratschereien und Reibereien, die es in jedem Ort gibt, aber auch positive Erlebnisse. Ich habe mir dann vorgestellt, wie manche Probleme gelöst werden könnten. Ich hatte zunächst nicht daran gedacht, einen Mord „passieren“ zu lassen, aber es ist geradezu aus mir herausgesprudelt, und irgendwann war ein ganzes Buch fertig.
Mein Mann hat das Manuskript ohne mein Wissen an einen Verlag geschickt, der es dann auch angenommen hat.

Wenn man das Buch liest, dann kann man zu dem Schluss kommen, dass durch Klatsch und Tratsch viel Schaden angerichtet werden kann.
Ja, gerade in kleinen Orten kann durch die Enge des Zusammenlebens schnell viel kaputt gemacht werden.

Sie haben also Ihre Erfahrungen in dem Buch verarbeitet?
Absolut – nur mit Leichen habe ich keine Erfahrung. Mittlerweile sagen die Leute, dass sie sich mit mir nicht anlegen wollen, weil sie sich dann in meinem nächsten Buch wiederfinden (lacht).

Machen Sie auch Lesungen?
Ja, ich war einmal in einer Schule eingeladen, wo die Schülerinnen und Schüler eine Arbeit über meinen ersten Roman „Hühnerdreck“ schreiben mussten. Ein Schüler hat mich gefragt, ob ich nicht mitmachen möchte. Das Ergebnis war, dass ich nur ein „befriedigend“ bekommen habe.

In „Hühnerdreck“ bekommt man den Eindruck, dass der Bürgermeister auf dem Land so etwas wie ein kleiner Fürst ist. Kennen Sie solche Bürgermeister?
Als ich das Buch geschrieben habe, hätte ich nicht daran gedacht, dass ich jemals Bürgermeisterin werden würde. Wenn mir das jemand gesagt hätte, hätte ich schallend gelacht! Ich war damals aber schon Vizebürgermeisterin und habe dadurch auch andere Bürgermeister kennen gelernt. „Fürst am Land“ passiert unweigerlich, denn ein Bürgermeister muss Entscheidungen treffen – auch wenn diese nicht jedem passen. Unser früherer Bürgermeister Peter Eder betont sogar, dass er sich in dem Buch erkennt. Ich habe ja auch versucht darzustellen, dass man als Bürgermeister eine große Last zu tragen hat.

> „DAS IST WIE BEI DER **MILLIONENSHOW.“**

Was sind das für unangenehme Entscheidungen, die man als Bürgermeisterin oder Bürgermeister zu fällen hat?
Es kommt vor, dass Projekte einfach nicht zu finanzieren sind. Auch wenn es in der Gemeinde eine Delogierung gibt, ist das ein unangenehmes Thema, mit dem man als Bürgermeister befasst ist.
Es war ein Riesenschritt von der Vizebürgermeisterin zur Bürgermeisterin. Das ist wie bei der „Millionenshow“. Da weiß man beim Zusehen auch alles, aber wenn man wirklich dort sitzt und es um viel Geld geht, dann ist das viel schwieriger. Wenn man als Bürgermeisterin über Existenzen entscheiden muss, ist das nicht einfach.

Der **Mensch** hinter der Bürgermeisterin

WAS IST FÜR SIE ZUHAUSE?
Zuhause ist für mich da, wo meine Familie ist.

WAS WÜRDEN SIE SICH WÜNSCHEN, WENN SIE EINEN WUNSCH FREI HÄTTEN?
Dass Lend-Embach eine gute Zukunft hat und dass das Miteinander in der Gemeinde gut funktioniert.

MEIN LEBENSMOTTO:
Ein Tag ohne Lächeln ist ein verlorener Tag.

DER PERFEKTE MANN TRÄGT FÜR MICH ...
Er (er)trägt mich seit 25 Jahren!

HABEN SIE EIN LEBENSMOTTO?
Leben, lieben, lachen! Oder: Man kann alles erreichen, wenn man sich bemüht.

Mehr über Michaela Höfelsauer
http://kommunal.at/artikel/fuerst-am-land-passiert-unweigerlich/

INTEGRATION IN ÖSTERREICHS GEMEINDEN

RAGGAL ZEIGT, DASS FLÜCHTLINGE AUCH IN EINER KLEINEN GEMEINDEN AKZEPTIERT WERDEN

„UNSERE LEUTE GEHEN AUF DIE FREMDEN ZU“

850 Einwohner zählt das Bergdorf Raggal im Großen Walsertal. 36 davon sind Flüchtlinge. Das Verhältnis von Einwohnern zu Asylwerbern würde in vielen Orten Österreichs für einen Aufschrei sorgen. In Raggal ist das nicht so.

Dank des Einsatzes der Gemeinde hat eine private Firma einen Tischfußballtisch zur Verfügung gestellt.

Wir waren vor zweieinhalb Jahren eine der ersten Gemeinden Vorarlbergs, die Flüchtlinge aufgenommen haben“, berichtet Bürgermeister Hermann Manahl. Und: „Es funktioniert sehr gut.“

Er nennt zwei Gründe für das gute Verhältnis von Einheimischen und Flüchtlingen: Die Bereitschaft der ortsansässigen Bevölkerung und die gute Betreuung durch die Caritas.

„Unsere Leute gehen auf die Fremden zu. Die Flüchtlinge werden als willkommene Gäste gesehen“, sagt der Bürgermeister. Das wird offensichtlich, wenn sich etwa Nachbarn um Flüchtlinge kümmern und Vereine ihnen bei Veranstaltungen beim Eintrittspreis entgegenkommen. Zwei Afrikaner sind beim Kirchenchor. Auch im Fußball sind Flüchtlinge aktiv.

Untergebracht sind die Flüchtlinge im Tobelhaus, einem ehemaligen Ferienheim. Dort werden sie von der Caritas betreut. „Das Tobelhaus bot schon in der Bosnienkrise Herberge für Asylwerberinnen und Asylwerber“, berichtet Caritas-Mitarbeiterin Coletta Müller. Auch damals funktionierte die Integration in Raggal sehr gut. Müller: „Ein eigener Anwohnerbeirat wurde eingerichtet, bei Sitzungen wird uns immer wieder gesagt, wie ruhig es im Haus sei und wie höflich auch die Asylwerber sind. Wir fühlen uns sehr gut aufgenommen, das sieht man auch daran, dass wir zu verschiedensten Veranstaltungen in der Gemeinde eingeladen werden. Ein schönes Beispiel war kürzlich das Adventfenster – die Nachbarn gestalteten dieses und anschließend wurde gemeinsam gefeiert.“

„Ich möchte die gute Stimmung, die es derzeit gegenüber den Flüchtlingen gibt, nicht gefährden.“

Hermann Manahl,
Bürgermeister von Raggal

Wichtig sei, so die Caritas-Mitarbeiterin, dass der Bürgermeister immer ein offenes Ohr hat. „Letztes Jahr haben wir den Christbaum geschenkt bekommen, auch ein Tischfußballtisch wurde organisiert.“

Mehr Flüchtlinge möchte Bürgermeister Manahal aber nicht aufnehmen. „Eine kleine Ortschaft darf man nicht überstrapazieren. Derzeit passt das Verhältnis. Wenn der Flüchtlingsanteil in Richtung zehn Prozent gehen würde, würde es schwierig werden. Ich möchte die gute Stimmung, die es derzeit gegenüber den Flüchtlingen gibt, nicht gefährden.“ Als Problem sieht er, dass Asylwerber nicht arbeiten dürfen. Die Gemeinde versucht zwar die Leute zu beschäftigen, etwa zum Rasenmähen oder bei der Müllentsorgung. „Leider ist das aber nur im Rahmen der Nachbarschaftshilfe möglich“, so Manahal.

Gemeindebund veröffentlicht **Kinderbuch** über Gemeinden

Der Gemeindebund hat Anfang Jänner ein Kinderbuch veröffentlicht, in dem die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden kindgerecht dargestellt und erklärt werden. „Wir sehen das als frühen Beitrag zur politischen Bildung und als einen Teil der Aufklärung darüber, wofür die Gemeinden zuständig sind“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Gedacht ist das Büchlein für Schüler/innen der dritten Schulstufe in Volksschulen.

„Meine Gemeinde, mein Zuhause“ heißt das 24-seitige Buch, das im Format 10 x 10 cm erschienen ist und damit den bekannten Pixi-Büchern ähnelt. „In der dritten Schulstufe steht sehr oft das Thema ‚Gemeinde‘ auf dem Lehrplan“, so Mödlhammer. „Oft wird das Gemeindeamt besucht, manchmal gibt es auch einen Kinder-Gemeinderat. Dieses Buch liefert die Wissensgrundlage für die Auseinandersetzung mit diesem Thema.“ Die kommunale Ebene genieße, so der Gemeindebund-Chef, nach wie vor das höchste Vertrauen bei den Menschen. „Und trotzdem stellen wir oft fest, dass vielen Menschen nicht klar ist, welche Vielfalt an Aufgaben eine Gemeinde zu erledigen hat, von der Schulerhaltung, Kinderbetreuung, bis hin zur Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung oder Instandhaltung der Verkehrswege.“

Durchs Buch führt ein Hündchen namens „Franz“ (139 Bürgermeister tragen diesen Namen). Hund „Franz“ liefert Erklärungen, stellt den Kindern aber auch Verständnisfragen und kleine Aufgaben. „Es ist wichtig, dass die Kinder aktiv mitmachen können, dadurch verfestigt sich Wissen besser“, glaubt Mödlhammer.

NEUJAHRSEMPFÄNGE IN NIEDERÖSTERREICH

NEUES **JAHR,** NEUER **NAME**

In Niederösterreich wird das neue Jahr traditionell mit Empfängen der beiden Gemeindevertreterverbände eröffnet. Der VP-Verband trat erstmals als NÖ Gemeindebund auf.

Der frühere Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich heißt nun Niederösterreichischer Gemeindebund und präsentierte sich erstmals unter diesem Namen beim Neujahrsempfang in Grafenegg der Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt standen aber andere Themen.

Die anwesenden Politikgranden bedauerten die Nicht-Kandidatur von Landeshauptmann Erwin Pröll für das Bundespräsidentenamt. „Wir hätten es schon gerne gesehen, wenn du dieses höchste Amt übernommen hättest und mit deinem Einsatz so gestaltet hättest, wie wir es gerne gesehen hätten“, sagte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Pröll selbst ging erst am Schluss seiner Rede auf die Diskussion ein. Er habe immer klargemacht, dass Niederösterreich für ihn das Wichtigste sei und „dass in meiner Lebensplanung die Hofburg keinen Platz hat“.

> **„Wir sind verpflichtet,** Menschen in Not zu helfen. Aber man darf die Gemeinden nicht überfordern.“
>
> **Alfred Riedl,** Präsident des NÖ Gemeindebundes, zur Flüchtlingssituation

Einig war man sich in der Flüchtlingsfrage. Sowohl Pröll als auch Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und NÖ Gemeindebund-Chef Alfred Riedl betonten, dass man verpflichtet sei, Menschen in Not zu helfen. Es gebe aber eine „faktische Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen“, so Mikl-Leitner. Diese liege dort, „wo unsere Kapazitäten erschöpft sind“. Pröll formulierte es so: „Es können nur so viele kommen, wie unsere Strukturen bewältigen können.“ Und er kritisierte Bundeskanzler Faymann: „Von einem österreichischen Bundeskanzler würde ich mir erwarten, dass er mehr macht, als sich an die Fersen der deutschen Bundeskanzlerin zu heften.“ Die Politik müsse auch an die eigenen Landsleute denken.

Mikl-Leitner forderte eine bessere Grenzsicherung, Asyl auf Zeit sowie Verschärfungen beim Familiennachzug. Emotional wurde sie in ihrem Statement zu den sexuellen Übergriffen

VELUX®

Architektur mit dem Steildach: sicher und zeitgemäß.

Mehr Infos auf **www.velux.at**

Bringt Licht ins Leben

Das Präsidium des NÖ Gemeindebundes mit Politiprominenz aus Bund und Land. Karl Moser, Wolfgang Sobotka, Helmut Mödlhammer, Johanna Mikl-Leitner. Erwin Pröll, Alfred Riedl und Johannes Pressl.

auf Frauen in Köln, Salzburg und Wien während der Silvesternacht. „Wir Frauen lassen uns in unserer Bewegungsfreiheit nicht einschränken“, stellte sie klar.

Finanzminister Hans Jörg Schelling und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer nahmen zu den laufenden Verhandlungen über den Finanzausgleich Stellung. Schelling betonte erneut, dass es sein Ziel sei, dass Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten jeweils in einer Hand sein sollen. „Es kann nicht sein, dass eine Hand bestellt und die andere bezahlt.“ Die Verwaltung solle dort stattfinden, wo sie am bürgernähesten und effizientesten sei.

Mödlhammer wiederum betonte, dass man einen gerechten Finanzausgleich brauche, der auf die Bedürfnisse der Gemeinden eingehen kann, damit diese „ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen können“.

Landesrat Maurice Androsch, GVV-Direktor Ewald Buschenreiter, Landeshauptmann-Stellvertreterin Karin Renner, GVV-Präsident Rupert Dworak

SP-GVV fordert Finanzsonderaktion für Gemeinden

Der Neujahrsempfang des Verbandes sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich stand unter dem Motto „Gemeinden schaffen Arbeit“. Gastgeber GVV-Präsident Rupert Dworak appellierte an das Land Niederösterreich, eine Finanzsonderaktion einzurichten, die Gemeindeinvestitionen in der Höhe von 200 Millionen Euro auslösen und damit tausende Arbeitsplätze schaffen und sichern könnte. Außerdem nahm er die Gelegenheit wahr, um vor den mehr als 500 anwesenden sozialdemokratischen Bürgermeistern und Gemeindemandataren die dringendsten kommunalen Forderungen an die Finanzausgleichsverhandler zu unterstreichen: „Das kostenlose zweite Kindergartenjahr darf nicht auf Kosten der Gemeinden gehen!“

BRAMAC TEGALIT
DIE KUNST DER REDUKTION

Klare Formen für neue Architektur. Das ist Bramac Tegalit. Ein Dachstein für allerhöchste Ansprüche an zeitgemässes Design und zukunftsweisende Stiltrends. Sein ebenes Erscheinungsbild und seine klassischen Farben schiefer, zinkgrau und ziegelrot zeigen bewusst Klarheit und lassen moderne Architektur für sich selbst sprechen. Sein Plus: Für andauernde Schönheit, Langlebigkeit und 5-fachen Schutz garantiert seine feinporig glatte **Bramac Protector Plus** Oberfläche in **matt!**

www.bramac.at

Part of BRAAS MONIER BUILDING GROUP

BRAMAC
SAG' BRAMAC ZUM DACH.

FOTO/ Vasilyev Alexandr - shutterstock.com,

FREIZEITSPORT

ÖSTERREICH IM **RODELFIEBER**

Rodeln liegt im Trend. Ob Groß oder Klein, die Zahl der Anhänger dieser faszinierenden Sportart steigt stetig. Doch auch der richtige Umgang mit dem Schlitten will gelernt sein.

Zahlen des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) zeigen: mangelnde Ausrüstung, Selbstüber- und falsche Risikoeinschätzung führen jährlich zu rund 4.600 schweren Unfällen.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Ein Schlitten und ein schneebedeckter Hang reichen aus und der Winterspaß für Groß und Klein kann beginnen. Gilt rodeln landläufig als eher harmloser Winterspaß (für Kinder), so entwickelt sich die Sportart mehr und mehr zum Trendsport. Nicht ohne Folgen: Die Gefahren beim Rodeln werden unterschätzt: „Rund 4600 Menschen österreichweit verletzen sich jährlich beim Rodeln so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, ein bis zwei Personen sterben dabei jährlich“, erklärt Dipl.-Ing. Christian Kräutler, Teamleiter Forschung & Wissensmanagement im KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit). „Die KFV Freizeitunfallstatistik zeigt als häufigste Unfallart Stürze (72 Prozent) und Zusammenstöße (21 Prozent).“ Besonders schwerwiegend sind Kopf- und Wirbelsäulenverletzungen. 94 Prozent der Verunfallten trugen zum Unfallzeitpunkt keinen Helm.

Richtiges Sportgerät entscheidend. Besonders gefährdet sind vor allem auch Kinder, die in Plastik-Bobs unterwegs sind. Da die flachen Schalen keine Kufen haben, bleibt fast kein Widerstand und man kann schlecht lenken und bremsen. Hinzu komme das geringe Körpergewicht von Kindern. Bobs sinken nicht wie normale Rodeln in den Schnee ein und kommen deshalb schwer zum Stehen. Im freien Gelände sei das Fahren mit dem Plastikgefährt daher besonders gefährlich.

Mit Spaß und Sicherheit ins Ziel rodeln. Eine hochwertige Ausrüstung, die Fähigkeit, die Rodel zu kontrollieren, rücksichtsvolles Fahrverhalten und die richtige Einschätzung von Gefahren und Geschwindigkeiten sind die zentralen Punkte, um sicher auf der Rodelbahn unterwegs zu sein. Helm und Schneesportbrille sollten auch beim Rodeln zur Standardausstattung gehören. Festes Schuhwerk mit tiefem Profil, Schihandschuhe und wasserabweisende Kleidung machen das Rodeloutfit komplett. Alkohol hat auf der Rodelstrecke nichts verloren und sollte daher erst im Anschluss genossen werden.

10

REGELN FÜRS RODELN

- Nimm Rücksicht auf andere Rodelbahnbenützer.
- Beachte Sperren und Warnhinweise.
- Verwende gute Ausrüstung.
- Rechts und hintereinander aufsteigen.
- Fahre kontrolliert, auf Sicht und halte Abstand.
- Mach auf dich aufmerksam.
- Warte an übersichtlichen Stellen auf deine Begleitung.
- Rodeln auf Schipisten ist gefährlich und verboten.
- Keine Hunde.
- Keine Beeinträchtigung durch Alkohol oder Medikamente.

Auch beim Rodeln gilt:
- Leiste Erste Hilfe!

Gem2Go – Südtirol startet neue App der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften

In einer einzigen App stehen den Interessierten nun wichtige Dienste und Informationen aller Gemeinden und Bezirksgemeinschaften Südtirols zur Verfügung. Das Angebot reicht von Kontaktdaten, Terminen und Veranstaltungen über die digitale Amtstafel der Körperschaft bis hin zu Bürger- und Zivilschutzmeldungen. Kontakte können direkt angerufen und gespeichert werden. Termine und Veranstaltungen werden mit einem Klick in den Terminkalender des eigenen Smartphones oder Tablets übernommen. Die Amtstafel ermöglicht den Zugriff auf aktuelle Beschlüsse, Ausschreibungen, Baukonzessionen und andere wichtige Dokumente der eigenen und jeder anderen Südtiroler Gemeinde.

Mit der Funktion Bürgermeldungen können Bürger ihre Anliegen oder Mängel schnell und unkompliziert an die Gemeinde weiterleiten. Kaputte Laternen, Schlaglöcher, herumliegender Müll und anderes mehr können mit einem Formular samt Standort und Foto einfach der betroffenen Körperschaft gemeldet werden. Damit kann jeder beitragen, sein Dorf lebenswerter zu machen und helfen, die Dienste der Gemeinde zu verbessern. Durch die Aktivierung der Echtzeitmeldungen (Push) wird der Bürger rasch mit wichtigen Nachrichten und Informationen versorgt. Neben den Zivilschutzmeldungen zum Schutz der Bevölkerung vor Gefahren können auch andere wichtige Mitteilungen der Körperschaft wie z. B. Straßensperren, der Ausfall der Müllabfuhr oder Probleme bei der Versorgung mit Strom und Trinkwasser direkt auf dem Mobilgerät empfangen werden.

Der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer, ist sichtlich stolz auf die neue App. Entwickelt wurde sie von einem österreichischen Unternehmen, das schon bisher die meisten Webseiten der Südtiroler Gemeinden betreut hat. Die Idee für die App kam allerdings aus Südtirol. Schatzer hofft ,mit der neuen App auch junge Menschen anzusprechen und diese damit wieder näher an ihre Gemeinde und die lokale Verwaltung heranzubringen.

Bürgermeister/innen

Seminar

Fonds Gesundes Österreich

FLÜGGE – WOHIN SOLL DIE REISE GEHEN?
FLÜCHTLINGE IN GESELLSCHAFTEN UND GEMEINDEN

Das brennende Thema des Jahres 2016 ist das Thema Migration und Asyl. Vor allem Gemeinden sind betroffen, denn sie sind die Heimat der Bürgerinnen und Bürger, die sich einerseits sozial engagieren und andererseits dem Unbekannten mit zunehmender Sorge begegnen. Auch die Gesundheitsförderung kann dabei unterstützend wirken.

Zielgruppe:
- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:
→ Was bedeutet Migration, was bedeutet Asylsuche, was Heimat?
→ Welche Zusammenhänge bestehen zwischen sozioökonomischen und soziokulturellen Voraussetzungen, dem Integrationsalltag und Gesundheit?
→ Weshalb ist es für die Gesundheit der Gesamtbevölkerung so wichtig, niemanden auszugrenzen?
→ Was bedeutet Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung?
→ Welche Ressourcen und welche Stolpersteine begegnen uns?
→ Reflektieren der eigenen Gesundheit mit Schwerpunkt Bewegung
→ Reflektieren der eigenen Angebote und Projekte

Methoden:
→ Partizipativer Input theoretischer Grundlagen
→ Einsatz verschiedener kreativer Methoden
→ Wertschätzende Reflexion von Fallbeispielen der Teilnehmer/innen, Erfahrungsaustausch, Praxistransfer Vorstellen und Diskussion

Termin:
2.-4. März 2016
Niederösterreich, Neuhofen an der Ybbs
Hotel Kothmühle
Anmeldeschluß: 10.2.2016

Information und Anmeldung:
petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-12
https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org

PLGÖ
Österreichischer Gemeindebund

BURGENLAND

Landesrätin Verena Dunst und Bürgermeister Erwin Hafner mit den Vertreterinnen der Marktgemeinde Deutsch-Kaltenbrunn.

Deutsch-Kaltenbrunn bietet beste **Ferienbetreuung**

Um das Engagement der burgenländischen Vereine und Gemeinden im Zuge der Ferienbetreuung, die einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leistet, zu würdigen und besondere Angebote auch hervorzuheben, wurde der Wettbewerb „Burgenlands beste Ferienbetreuung“ ins Leben gerufen.

Den ersten Preis gewann die Marktgemeinde Deutsch-Kaltenbrunn und Rohrbrunn mit dem Projekt „Ferienpass 2015“ (Preisgeld 1500 Euro).
Die Gemeinde organisiert in Zusammenarbeit mit Vereinen und Privatpersonen eine Vielzahl von Aktivitäten. Der Aktionszeitraum erstreckt sich von Ferienbeginn bis zum Ferienende.

Bessere Organisation für Tourismus

Der „Burgenland Tourismus“ wird in eine GmbH umgewandelt. Diese soll dann in die Landesholding eingebracht werden. So sollen Synergien besser genutzt, öffentliche Mittel gezielter eingesetzt und im Bedarfsfall rascher reagiert werden.
Das Gesetz trat am 1. Jänner in Kraft. In der neuen GmbH wird es künftig einen Expertenbeirat geben. Dieser Expertenbeirat setzt sich aus Top-Touristikern der burgenländischen Tourismusbranche zusammen.
Die Mindestzahl der Nächtigungen für den Zusammenschluss von Gemeinden zu einem Tourismusverband wird von 20.000 auf 50.000 erhöht. Diese Maßnahme soll das Marketingpotenzial der einzelnen Verbände stärken und ein gezielteres Werben in den entsprechenden Zielregionen ermöglichen.

KÄRNTEN

Ortskerne nachhaltig beleben

Bei der Tagung „Zentren stärken – Leerstand beseitigen“ berichteten international renommierte Architekten, wie in Städten und Gemeinden leerstehende Gebäude in Ortszentren sinnvoll und nachhaltig genutzt werden.
„Sanierung vor Neubau – so lautet einer der Grundzüge des neuen Wohnbauförderungsgesetzes“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig und verhehlt nicht, dass das Leerstands-Problem auch unpopuläre Maßnahmen erzwingt. „Wir müssen den Mut haben, Nein zu sagen zu Bauwünschen an der Peripherie, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.“ Die Gemeinden müssten sich ihrer Verantwortung für die Folgekosten einer ausufernden Zersiedelung bewusst sein.

Roland Gruber, Raffaela Lackner, Landeshauptmann-Stv. Gaby Schaunig, Robert Korab, Franz Sumnitsch

Sparkurs wirkt sich auch auf Gemeinden aus

In einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ meint Kärntens Gemeindebundpräsident Peter Stauber, dass sich der Sparkurs des Landes vor allem bei den Dotierungen des Bodenbeschaffungs- oder Schulbaufonds auswirkt. Dieser ist jetzt mit 500.000 Euro weniger gefüllt.
Verhindern werden konnte, dass das Land die Prozentsätze für Förderungen reduziert. „Jetzt ist es halt notwendig, dass Gemeinden manch ein Projekt um ein Jahr verschieben“, so Stauber.
Als größte Herausforderung nennt er das Thema Straßenerhaltung. Dafür gebe es zwar die Kärntner Bauoffensive, doch der Topf 2015 konnte nicht geleert werden, weil die Gemeinden die Ko-Finanzierung nicht schafften.

NIEDERÖSTERREICH

Umweltgemeinderäte-Forum in Wr. Neustadt. Gerald Franz, Hubert Fragner (beide Energie- und Umweltagentur NÖ), Hans-Peter Mimra (Markt Piesting), Kurt Kamper (Hohe Wand), Krista-Gilda Rassner (Hohe Wand), Franz Reisacher (Zillingdorf), Alexander Pilhar (Hohe Wand), Gerald Stradner (Energie- und Umweltagentur NÖ).

Umweltgemeinderäte diskutierten **E-Mobilität**

Elektro-Mobilität stand im Fokus der UMWELT. GEMEINDE.RAT.-Foren quer durch Niederösterreich. In St. Pölten, Guntramsdorf, Horn, Wolkersdorf und Krummnußbaum organisierte die Energie- und Umweltagentur NÖ Workshops für die Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte. Angefangen von E-Carsharing über den Einsatz in der Gemeindeflotte bis hin zu Essen auf Rädern sind E-Fahrzeuge im kommunalen wie im öffentlichen Bereich bereits etabliert.
Wichtigste Voraussetzung für den Ausbau von Elektromobilität ist, dass die Nutzer von den Vorteilen überzeugt werden. Ein wesentlicher Faktor ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur an stark frequentierten Orten wie Hauptplätzen.

50 Millionen für Gemeinden

In der letzten Sitzung des Landtags im Jahr 2015 beschloss der Landtag fast 50 Millionen Euro an Unterstützungen für Gemeinden. Die Gelder stammen aus Mitteln der Bedarfszuweisungen, der überörtlichen Raumordnung, dem Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm, der Förderung von Turnsälen und Mitteln für den Hochwasserschutz. Die Bandbreite der geförderten Projekte ist groß und reicht von Straßenbauprojekten bis hin zur Errichtung von Feuerwehrhäusern, Amtsgebäuden und Mehrzweckhallen.

OBERÖSTERREICH

Kooperationen bei **Kinderbetreuung** forcieren

Landeshauptmann-Stellvertreter Thomas Stelzer will heuer einen Schwerpunkt auf den Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuungsangebote und auf Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahre legen. Im laufenden Jahr soll es nach in den Krabbelstuben um mindestens 50 Gruppen mehr als im Vorjahr geben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung von überregionalen Kooperationen bei den Kinderbetreuungseinrichtungen. Derzeit wird ein Kooperationsmodell ausgearbeitet, um Gemeinden zu überregionalen Kooperationen im Bereich der Kinderbetreuung zu motivieren.

Landeshauptmann-Stellvertreter Thomas Stelzer will die Kinderbetreuung in Betrieben forcieren und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen.

Altstoff-Sammelzentrum für Kremstal

Fünf Gemeinden im Kremstal wollen ein Altstoff-Sammelzentrum errichten. Verhindert wird es derzeit durch einen Streit der beiden zuständigen Gemeindelandesräte. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ berichten, dass Neuhofen, Piberbach, Kematen, Allhaming und Eggendorf ein Grundstück auf Neuhofner Gebiet kaufen wollen. Die Kosten von € 350.000 will man anteilig unter den Gemeinden aufteilen. Der rote Gemeindelandesrat Reinhold Entholzer will das Projekt genehmigen, der schwarze, Max Hiegelsberger, nicht. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei dem Grundkauf um eine „Angelegenheit der Standortgemeinde“ (Neuhofen), daher könnten auch keine Bedarfszuweisungen gewährt werden. Aus diesem Grund könnten auch von den weiteren beteiligten Gemeinden keine finanziellen Beiträge geleistet werden.

FOTOS: Bgld. Landesmedienservice, Land Kärnten/Büro LHStv.in Schaunig, Christian Mokricky/eNu, Land OÖ/Liedl

SALZBURG

Kinder können jetzt auch in Betrieben von Tageseltern betreut werden.

Verbesserungen in der **Kinderbetreuung**

Eine Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes bringt Verbesserungen für Kinder und Eltern. Kinder können erstmals auch in Betrieben von Tageseltern betreut werden.
Eine weitere Verbesserung gibt es für arbeitssuchende Mütter und Väter. Im Versorgungsauftrag ist nun auch auf die Arbeitssuche der Eltern verbindlich Bedacht zu nehmen. Das heißt, die Gemeinden müssen auch Eltern, die derzeit auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind, einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen. Das war bisher gesetzlich nicht geregelt.

50 Millionen für Gemeinden

Im neuen Interreg V A-Programm der EU zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit Österreich – Bayern 2014 – 2020 ist auch die Kleinprojektförderung wieder möglich. Jetzt wurden elf Projekte genehmigt.
Die Entscheidung über die Fördergeldvergabe trifft ein neu eingerichteter regionaler Lenkungsausschuss.
Als Kleinprojekt werden alle Projekte eingestuft, deren förderfähige Gesamtkosten auf maximal 25.000 Euro begrenzt sind. Grundvoraussetzungen für eine Antragstellung sind mindestens ein Projektpartner von beiden Seiten der Grenze sowie eine grenzüberschreitende Wirkung des Projekts.
Der regionale Lenkungsausschuss tagt wieder am 14. Juni. Eine Projekteinreichung ist laufend möglich. Gerne unterstützen die Euregio-Geschäftsstellen in Freilassing und Kufstein bei der Projektentwicklung.

www.euregio-salzburg.eu
> Förderungen > INTERREG V A

STEIERMARK

Mürzzuschlag wehrt sich gegen **Berichterstattung**

Der ORF brachte in der Sendung „Am Schauplatz“ eine Reportage über das obersteirische Mürzzuschlag. In der Gemeinde war man über die Art, wie die Stadt dort dargestellt wurde, nicht erfreut.
Unter dem Titel „Der letzte Arbeiter“ wurde ein „ganz bewusst düsteres Bild“ und der wirtschaftliche Niedergang der Stadt dargestellt, kritisierte die Gemeinde.
In einem offenen Brief wehrt sich Bürgermeister Karl Rudischer gegen die einseitige Darstellung.
„In dieser Dokumentation haben Redakteure ganz bewusst die wirtschaftliche und stadtpolitische Entwicklung der letzten Jahre ignoriert, um eine sozialromantische These vom Nichtwahrhabenwollen des Niedergangs der Arbeiterschaft in einer Stahlregion aufrecht erhalten zu können“, so Rudischer.
Bereits bei den Dreharbeiten habe sich gezeigt, dass die Reporter nur Beweise für ihre Arbeitsthese des Niedergangs der Stadt gesucht haben.

Die Erfolgsgeschichte der Stadt wurde vom ORF ignoriert, meint man in Mürzzuschlag.

Ein Jahr Gemeindefusionen

Wolfgang Wlattnig, Leiter der Fachabteilung Gemeinden im Amt der steiermärkischen Landesregierung, zog ein Jahr nach der Strukturreform in der „Kleinen Zeitung“ Bilanz über die Gemeindezusammenlegungen.
5846 Bescheide wurden an Ortspolitiker verschickt, bevor diese von 125 Kommissären abgelöst wurden. Zehn Bescheide wurden angefochten – alle vergeblich. Selbst 46 Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof seien dank intensiver Vorbereitung der Verwaltung nicht durchgegangen.

TIROL

Bildungslandesrätin Beate Palfrader will die Familienfreundlichkeit in Tirol weiter stärken.

Kinderbetreuung hat sich **deutlich verbessert**

Das Land Tirol setzte in den letzten drei Jahren einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Seit der Einführung des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes im Betreuungsjahr 2010/2011 wurden 80 neue Kinderkrippen in Tirol eröffnet.
Die Zahl der betreuten Krippenkinder hat sich in diesem Zeitraum fast verdoppelt – sie stieg von 2493 auf 4628 an. „Das gesamte Fördersystem im Bereich der Kinderbetreuung zielt zu einem Großteil auf längere Öffnungszeiten ab“, sagt Bildungslandesrätin Beate Palfrader. Das spiegelt sich auch in den aktuellen Zahlen wider: Hatten 2010/2011 insgesamt 93 Kinderkrippen ganzjährig geöffnet, sind es im laufenden Jahr 177, also fast doppelt so viele.

102 Millionen für die Infrastruktur

Laut einer Auswertung der Gemeindeabteilung des Landes konnten Tirols Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2015 mehr als 102,3 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) für kommunale Infrastrukturvorhaben nutzen.
Die Fördermittel werden in allen kommunalen Wirkungsbereichen eingesetzt, zum Beispiel um Schulen, Kindergärten und Altenwohnheime zu sanieren, die Straßen und Wege instand zu halten, eine leistungsstarke Wasser- bzw. Abwasserversorgung zu garantieren, Katastrophenschäden zu bewäl-tigen oder kommunale Einrichtungen zu bauen bzw. zeitgemäß zu adaptieren.

VORARLBERG

Sicheres **Vermieten**

Eine Wohnung zu vermieten ist für Eigentümerinnen und Eigentümer mit Aufwand verbunden. Manche schrecken davor zurück und lassen ihre Wohnung leer stehen. Nun wurde ein Modell ausgearbeitet, das den Wohnungsbesitzern laufende Mieteinnahmen garantiert, ohne mit Risiken oder Aufwand verbunden zu sein.
Die Projektpartner garantieren, dass Eigentümer und Mieter gut betreut werden. „Dornbirn hat sich als Pilotgemeinde zur Verfügung gestellt, weil wir in unserer Stadt nach wie vor großen Bedarf an zusätzlichem, leistbarem Wohnraum haben. Ich hoffe, dass sich zahlreiche Eigentümerinnen und Eigentümer von den Vorteilen einer Vermietung überzeugen lassen“, erläutert Bürgermeisterin Andrea Kaufmann.
Die Eigentümer schließen die Verträge mit den zukünftigen Mietern zwar ab, müssen sich aber nicht mit verwaltungstechnischen Aufgaben auseinandersetzen – das übernimmt die gemeinnützige Wohnbauvereinigung VOGEWOSI.

In Dornbirn startet ein Pilotprojekt, das Wohnungsbesitzern Mieteinnahmen garantiert, ohne mit Risiken oder Aufwand verbunden zu sein.

Neue Feuerwehrfahrzeuge

Für die Anschaffung von vier neuen Einsatzfahrzeugen im Gesamtwert von mehr als 1,23 Millionen Euro hat die Landesregierung kürzlich eine Beteiligung in Höhe von über 500.000 Euro zugesichert.
Die Feuerwehren Alberschwende und Nenzing erhalten neue Tanklöschfahrzeuge, die mit Tunnelausrüstung ausgestattet sind. Die Ortsfeuerwehr Gaschurn-Partenen bekommt ein Mannschaftstransportfahrzeug, und in Schlins wird ein Versorgungsfahrzeug mit Containerverladeeinrichtung angekauft.

FOTOS: Shutterstock/vitmark, Land Tirol

TERMINE
FEBRUAR & MÄRZ 2016

24./ Februar

IRE-Fachkonferenz „Gesundheit für alle“

Die Fachkonferenz „Gesundheit für alle“ widmet sich der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit in zwei wichtigen Bereichen: der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung. Gesucht wird eine Antwort auf die Frage, ob durch verstärkte grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit in der Gesundheitsförderung und -versorgung Unterschiede ausgeglichen werden können.

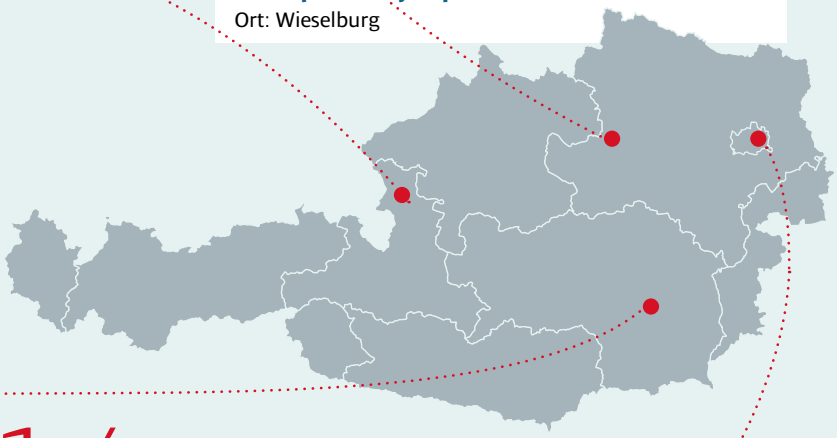
www.institut-ire.eu
Ort: Hallwang

7./ März

28. Österreichischer Bürgermeistertag

Der 28. Österreichischen Bürgermeistertag findet am Montag, dem 7. März 2016, von 11.00 bis 13.00 Uhr im Festsaal des Francisco-Josephinum im Schloss Weinzierl im niederösterreichischen Wieselburg statt. Themen der Vorträge werden „325 Einwohner und 50 Asylanten. Wie funktioniert das?“, „Eine Region bündelt ihre Kräfte. Im Mostviertel brummt der Wirtschaftsmotor“ und „Perspektiven der ländlichen Entwicklung. Chancen für die Gemeinden“ sein.

http://www.josephinum.at
Ort: Wieselburg



2. & 3./ März

URBAN FUTURE Global Conference 2016

Graz wird am 2. und 3. März 2016 zum internationalen Hotspot für die Städte der Zukunft: Die URBAN FUTURE Global Conference ist eine der weltweit größten Veranstaltungen für nachhaltige Stadtentwicklung. „City Changers“ aus vier Kontinenten – darunter der ehemalige Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit, die Stadtentwicklungsexpertin und Gründerin von Tel Aviv Global, Hila Oren, oder der dänisch-kanadische Vordenker für städtische Mobilität, Mikael Colville-Andersen – zählen zu den Vortragenden.

www.urbanfuture.at
Ort: Graz

1./ März

4. Generalversammlung der Europa-GemeinderätInnen

Brennende Fragen zur EU? –750 Europa-GemeinderätInnen in ganz Österreich haben ein offenes Ohr dafür. Am 1. März treffen sie sich in Wien. Die Mitglieder der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ erwartet bei ihrer Generalversammlung im Palais Niederösterreich, Herrengasse 13, 1010 Wien, am Dienstag, 1. März, von 11.00 bis 16.00 Uhr ein hochspannendes Programm. Sie können sich mit dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, Sebastian Kurz, und mit ausgewiesenen EU-ExpertInnen zu top-aktuellen Themen wie Migration, der Eurokrise, TTIP und Lebensmittelsicherheit austauschen.
In Workshops erarbeiten die Europa-GemeinderätInnen dann, wie sie auf die brennenden Fragen der ÖsterreicherInnen zur EU am besten eingehen können. Interesse, dabei zu sein? – Werden Sie Europa-Gemeinderat/-rätin!

www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete
Ort der Preisverleihung: 16. Juni 2016, Wien

KOMMUNALBEDARF.AT

Die KOMMUNAL-Einkaufsplattform

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: In Ihrer Gemeinde läuft immer alles glatt.

Mit den Kunststoffeisbahnen vom Technologieführer GREENICE macht Eislaufen noch mehr Spaß!

- Beste Gleitfähigkeit
- 10 Jahre Garantie
- Top Finanzierungsmöglichkeiten
- Exklusiv bei Kommunalbedarf erhältlich

Machen Sie den Praxistest!

Termin vereinbaren unter
dietmar.treiber@kommunal.at
oder tel.
0664 887 193 25

GREENICE

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.

www.kommunalbedarf.at

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Als ein Fußpuder eine **Bürgermeisterwahl** gewann

Im Jahr 1976 wählte die kleine ecuadorianische Stadt Picoazà einen neuen Bürgermeister. Der Gewinner hieß Pulvapies – das einzige Problem: Pulvapies war keine Person, sondern der Markenname eines Fußpuders.

Der Produzent des Puders hatte im Vorfeld der Wahl mit folgenden Worten Werbung gemacht: „Stimmen Sie für jeden beliebigen Kandidaten, aber wenn Sie Wohlbefinden und Hygiene möchten, wählen Sie Pulvapies.“ Und tatsächlich erreichte das Fußpuder die Mehrheit, da Kandidaten von den Wählern auf dem Stimmzettel eingetragen werden konnten.

Was genau zu diesem Ergebnis führte, ist nicht bekannt. Auch Recherchen der Washington Post und der New York Times nach dieser Wahl 1976 führten zu keinen weiteren Infos, wer denn nun in Picoazá wirklich das Bürgermeisteramt übernahm.

KARTEN: Google Maps

www.snopes.com/politics/ballot/footpowder.asp

OFFENLEGUNG

gemäß § 25, Abs. 1 – 4, Mediengesetz 2005 für die periodische Druckschrift „KOMMUNAL“

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 88-22, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at

Geschäftsführung Mag. Michael Zimper

Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.bilderbox.at; www.shutterstock.com,

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12; sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28; martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11; martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Amra Ducic (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Susanne Keppler-Schlesinger (BM für Europa, Integration und Äußeres), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.224 (Durchschnitt 1. Halbjahr 2015)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.
Mit „Entgeltliche Einschaltung“ gekennzeichnete Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

Unternehmensgegenstand:
Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Weiters der Handel mit Waren aller Art und die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter: Michael Zimper, Verleger, Wien (65 Prozent) sowie die „Zimper GmbH.“ (35 Prozent), Gesellschafter Michael Zimper, Verleger, Wien.

Die grundlegende Haltung des KOMMUNAL ist die Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen, gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:
- Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.
- Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll- und Reinhalteverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.
- Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.
- Alle politischen Mandatare der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene.
- Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

Original

Wien Edition

110 Liter

abfallhai®

Geschäftsstelle
A-3240 Mank

abfallhai.at

ELEKTROALTGERÄTE
KOORDINIERUNGSSTELLE
Austria GmbH

www.elektro-ade.at
www.eak-austria.at

ÖSTERREICHS ROHSTOFFE SIND KEIN MÜLL!

Die Verwertung von Altgeräten ist ein wichtiger Bestandteil der heimischen Wirtschaft. Täglich gehen durch illegale Sammler unsere wertvollsten Rohstoffe verloren. Bitte bringen Sie Ihre alten Elektrogeräte zu den kommunalen Sammelstellen und übergeben sie diese nicht an illegale Sammler.

BITTE STOPPEN AUCH SIE DEN ILLEGALEN ABFALLHANDEL!

Konzept und Layout: bettertogether/werbeagentur hochzwei